

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

IDENTITÄT UND SOZIALE STELLUNG VON JUDEN IN ZENTRALASIEN PARLAMENTSWAHLEN IN USBEKISTAN

■ VON DER REDAKTION

Wechsel in der Redaktion der Zentralasien-Analysen 2

■ ANALYSE

Identität und soziale Stellung von Juden in Zentralasien
Ein Zustandsbericht aus Kasachstan und Kirgistan 2
Von Bruno De Cordier, Gent

■ DOKUMENTATION

Parlamentswahlen in Usbekistan: Trotz »Neuer Wahlen« alles beim Alten? 8

■ CHRONIK

25. November 2019 – 24. Januar 2020 10
Kasachstan 10
Kirgistan 14
Tadschikistan 19
Turkmenistan 23
Usbekistan 26

Wechsel in der Redaktion der Zentralasien-Analysen

Liebe LeserInnen der Zentralasien-Analysen,

hiermit möchte ich mich von Ihnen verabschieden, denn Ende 2019 habe ich mein Amt als Redakteurin der Zentralasien-Analysen aufgegeben. Der Entschluss ist mir nicht leichtgefallen, aber nach elf Jahren Redaktionstätigkeit möchte ich mich wieder stärker der wissenschaftlichen Forschung in und über Zentralasien widmen. Ich danke Ihnen für Ihr stets wohlwollendes Interesse und hoffe, dass Sie den Zentralasien-Analysen auch unter meinen Nachfolgern Rostam Onsoni und Richard Schmidt gewogen bleiben.

Beate Eschment (ZOiS)

ANALYSE

Identität und soziale Stellung von Juden in Zentralasien

Ein Zustandsbericht aus Kasachstan und Kirgistan

Von Bruno De Cordier, Gent

Zusammenfassung

Der Artikel befasst sich mit der Situation der jüdischen Bevölkerung Zentralasiens. Dabei liegt der Fokus auf Kasachstan und Kirgistan, wo die zweit- bzw. die drittgrößte jüdische Gemeinschaft der Region lebt. Die Anzahl der jüdischen Einwohner von Kasachstan und Kirgistan ist aufgrund der massiven Emigration nach Israel sehr gering, jedoch versuchen die nicht-emigrierten Gemeindemitglieder eine gemeinsame Identität zu wahren. Diese ist durch gemeinsame Kapazitäten und das Erbe sowjetischen jüdischen Lebens geprägt. Verschiedene Aspekte dieser Identität sollen in diesem Text beleuchtet werden. Dazu gehören unter anderem die gemeinsame Erfahrung alltäglichen jüdischen Lebens in der ehemaligen Sowjetunion, der post-sowjetische Einfluss von internationalen jüdischen Hilfsorganisationen, die Wiederkehr des religiösen Judentums und auch die Einflüsse von Diasporanetzwerken zwischen den Juden in Zentralasien und ihren Verwandten in Israel.

Wie viele Juden leben (noch) in Zentralasien?

Der »Berman Jewish Databank« von 2016 zufolge umfasste die damalige jüdische Bevölkerung Zentralasiens 15.900 Personen (siehe Tabelle 1 auf S. 7). Dies entspricht einem Neuntel der 137.950 Juden, die 1989 in der Region lebten, und einem Zwölftel der 197.700 Juden, die dort noch 1970 ansässig waren.

Gegenwärtig sind 6.500 Juden in Kasachstan und rund 1.000 in Kirgistan wohnhaft. Diese Zahlenangaben sind lokal jedoch umstritten. So behaupten beispielsweise Vertreter jüdischer Organisationen in Kasachstan, dass es über 50.000 Juden im Land gäbe. Ähnlich ist die Situation in dem kasachstanischen Gebiet Karaganda: Dort liegt die Anzahl der Personen, die beim jüdischen Gebietsverband registriert sind, bei rund 1.300, wäh-

rend die tatsächliche Anzahl der Juden vermutlich bis zu 4.000 beträgt. Die vom Autor zitierten Zahlen für Kirgistan variieren zwischen 200 bzw. 250 und rund 1.500 jüdischen Personen. Allgemein werden die Juden Zentralasiens innerhalb der Gesellschaft und der staatlichen Bürokratien – wie bereits zu Zeiten der Sowjetunion – eher als ethnische Gruppe denn als religiöse Gemeinschaft betrachtet.

Wer sind die jüdischen Gemeinschaften in Kasachstan und Kirgistan?

Nahezu sämtliche Juden in Kasachstan und Kirgistan sind Nachfahren von aschkenasischen Juden aus Ost- und Mitteleuropa. Sie oder ihre Vorfahren sind während der Sowjetzeit zunächst aus Belarus, der Ukraine und Russland sowie später aus den baltischen Sowjet-

republiken emigriert. In der Periode von 1928 bis 1939 wurden zahlreiche Bürger der Sowjetunion aus Europa in den Süden der UdSSR entsandt, um dort die Industrie und große Infrastrukturprojekte zu unterstützen. Gemeinsam mit ihnen kamen auch zahlreiche jüdische Pioniere, Arbeiter, Mitglieder der kommunistischen Partei und Beamte nach Zentralasien. Hierdurch vervielfachte sich die Anzahl der aschkenasischen Juden in Kasachstan von ursprünglich 3.600 im Jahr 1926 auf 19.200 im Jahr 1939. In den Gebieten Karaganda und Akmola trafen auch jüdische Deportierte und Gulag-Häftlinge ein, von denen nicht wenige nach dem Verbüßen der Strafmaßnahmen dort verblieben. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion führte in den Jahren 1941 bis 1942 zu einer dritten Einwanderungswelle von aschkenasischen Juden nach Zentralasien.

In der Nachkriegszeit zogen Großprojekte verschiedene Bevölkerungsgruppen in die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion. Zu diesen Projekten gehörten die Landgewinnungskampagne in Nordkasachstan (1954–1962), die Errichtung von neuen multiethnischen Industriestädten und der Ausbau von Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Die sowjetischen Binnenmigranten setzten sich aus Fachleuten und qualifizierten Arbeitern unterschiedlicher Art sowie deren Familien zusammen. Unter ihnen waren auch Juden aus der Ukraine, dem Baltikum und Belarus. Somit reicht eine nennenswerte Präsenz von Aschkenasim in Kasachstan und Kirgistan lediglich drei bis vier Generationen zurück. Im benachbarten Usbekistan hingegen stellen die bucharischen Juden eine deutlich ältere Gemeinschaft in der Region dar, welche bereits seit Jahrhunderten in Zentralasien ansässig ist. Insgesamt lässt sich festhalten, dass jüdisches Leben in Zentralasien länger besteht als der Staat Israel. Daher werden Juden durch die restliche Bevölkerung nicht notwendigerweise mit Israel assoziiert oder etwa als israelischer Einfluss wahrgenommen.

Identität und soziale Organisation

Bei näherer Betrachtung der jüdischen Bevölkerungsgruppen von Kasachstan und Kirgistan lassen sich verschiedene soziale und kulturelle Charakteristika bzw. Dynamiken feststellen. Nahezu sämtliche Juden in Kasachstan und Kirgistan sind aschkenasischer Abstammung und sprechen muttersprachlich Russisch. Obwohl Jiddisch bis heute in Folklore und Umgangssprache präsent ist, besitzt es nicht mehr den Stellenwert, wie noch vor einigen Generationen. Die jüdische Bevölkerung lebt nahezu ausschließlich in Städten und bleibt somit ihren traditionellen Siedlungsmustern in der Region treu. So leben beispielsweise in Kirgistan über 90% der Juden in der Hauptstadt Bischkek. Die größte jüdische Gemeinschaft

Kasachstans befindet sich in Almaty. Auch im Gebiet Karaganda gibt es einen jüdischen Bevölkerungsanteil: 75% sind in der gleichnamigen Gebietshauptstadt ansässig, die restlichen 25% verteilen sich auf kleinere Industriestädte. Weitere nennenswerte jüdische Gemeinden befinden sich in Schymkent und in den nordkasachstanischen Städten Semej (Semipalatinsk) und Pawlodar. Für genaue Aussagen zur Demografie fehlen zuverlässige Statistiken. Die Feststellungen dazu basieren daher auf eigenen Beobachtungen, der Eigenreputation lokaler jüdischer Gemeindeglieder und den Berichten Dritter. Diese legen nahe, dass der Anteil der jüdischen Bevölkerung im Rentenalter höher ist, als der muslimische Bevölkerungsanteil im Pensionsalter. Dieser Umstand ist sowohl auf die Geburtenraten als auch die beträchtliche Emigration zurückzuführen. Zweifelsfrei gibt es unter den Juden auch Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, der Altersdurchschnitt der jüdischen Bevölkerung ist jedoch relativ hoch. Der Erfahrung nach gehören die meisten Juden in Kasachstan und Kirgistan zur sogenannten »urbanen Mittelschicht«. Diese Zugehörigkeit ist dabei weniger unter soziologischen Aspekten zu verstehen, sondern entspricht eher der Selbstwahrnehmung der Betroffenen. Viele verfügen über einen Hochschulabschluss und nehmen Führungspositionen im Management der eigenen Firma oder ausländischer Privatgesellschaften wahr. Die berufstätige jüdische Bevölkerung verteilt sich ansonsten auf unterschiedliche Bereiche, darunter Handel und Buchhaltung, sogenannte »freie Berufe« (Ärzte oder Zahnärzte) und den Bildungssektor (wobei hier in Kirgistan ein Rückgang zu verzeichnen ist). Ein weiterer Teil der jüdischen Bevölkerung arbeitet in den Regionalbüros von internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (im Falle Kirgistans angeblich ebenfalls weniger als noch vor 7–10 Jahren).

Sozioökonomische Position(en)

Im Gegensatz zu den Uiguren und den Koreanern, welche über eine große Präsenz in der Nahrungsmittelproduktion, der spezialisierten Landwirtschaft, den technischen Berufen oder bestimmten Bereichen der »Basar-Wirtschaft« verfügen, gibt es keine Wirtschaftszweige, in denen Juden eine dominierende Stellung innehaben. Nur wenige sind im höheren Staatsdienst tätig, da sie (wie auch andere ethnische Minderheiten) für gewöhnlich nicht über die nötigen familiären und klientelistischen Netzwerke verfügen, um in Regierungsstellen angestellt zu werden. Weiterhin ist ein großer Anteil von »gemischten Ehen« zwischen Juden und Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten beobachtbar – wie bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Im Jahr 1993 lag der Anteil der Kinder mit einer jüdischen Mutter und einem nicht-jüdischen Vater in Kasachstan

bei 65,2% und in Kirgistan bei 47,1%. Laut einigen Befragten stammen über 90% der jüdischen Familien in Kasachstan und Kirgistan, zu einem gewissen Grad, von »gemischten Vorfahren« ab oder leben in »gemischten Ehen«. Es lassen sich also enge demografische bzw. kulturpsychologische Verbindungen zu anderen ethnischen Gruppen feststellen. Diese Verbindungen bestehen primär zu slawischen Bevölkerungsgruppen und lediglich in seltenen Fällen zu kasachischen bzw. kirgisischen Teilen der Bevölkerung.

Der Organisationsgrad von jüdischen Gruppen lässt sich im Falle Kasachstans anhand von rund zwanzig lokalen, ethnisch-kulturellen, jüdischen Vereinen feststellen, die sich unter dem Namen »Mizwa« vereinigt haben. Mizwa agiert als jüdische Dachorganisation, welche als Vermittlungsstelle zwischen der jüdischen Minderheit und staatlichen Stellen fungiert. Die kirgisische Schwesterorganisation »Menorah« übt eine ähnliche Funktion aus. Beide Staaten verfügen über einige wenige jüdische Privatschulen, welche auch nicht-jüdischen Schülern offenstehen. Außerdem gibt es jüdische Wohlfahrtszentren, die sogenannten Chesed (hebräisch für »Mitgefühl«). Kasachstan verfügt über 13 derartige Einrichtungen, Kirgistan über eine. Die Chesed werden überwiegend von Freiwilligen und einigen wenigen Fachkräften betrieben. Sie bieten hauptsächlich Winterhilfe, medizinische Betreuung, Lebensmittelpakete und andere soziale bzw. humanitäre Hilfestellungen für Familien in Not an.

Der Hauptförderer dieser Wohlfahrtszentren und ihrer Hilfsleistungen ist nicht die israelische Regierung, sondern das jüdisch-US-amerikanische »Joint Distribution Committee« (JDC). Das JDC wurde 1914 in den Vereinigten Staaten (wo es bis heute seinen Sitz hat) mit dem Ziel gegründet, jüdische Siedlungen in Palästina, der Ukraine, Belarus, Russland und auf der Krim durch humanitäre Hilfe bzw. Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Das JDC ist eine der weltweit größten jüdischen humanitären Nichtregierungsorganisationen, die jüdische Bevölkerungsgruppen auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion unterstützt. 2016 hat das JDC 299 Mio. US-Dollar für den post-sowjetischen Raum bereitgestellt, was 43,7% des weltweiten Budgets der Organisation entspricht. So erhielten beispielsweise im Gebiet Karaganda 381 Personen (überwiegend Rentner) Unterstützung von einem durch das JDC finanzierten Chesed. Auf dem Gebiet Akmola waren es 96 Personen. Auch das Chesed in Bischkek wird durch das JDC gefördert.

Wie steht es um das Judentum?

Die meisten Befragten betrachten sich als Juden oder als kasachstanische (bzw. kirgistanische) Bürger mit

jüdischer Ethnizität. Jüdische Identität wird zu großen Teilen säkular (im Sinne von nichtreligiös) verstanden und vor allem über Herkunft und Genealogie definiert. Hinzu kommen die weitreichende Assimilation in die sowjetische Kultur der UdSSR sowie der große Anteil gemischter Ehen (primär mit Angehörigen slawischer Bevölkerungsgruppen). Außerdem gibt es eine Reihe von Attribuierungen, welche spezifisch jüdische Charakteristika betreffen. Hierzu gehören vor allem Urbanität, ein hoher Bildungsgrad, eine bedeutende Stellung in den Bereichen Wissenschaft und Kunst, eine eher geringe Präsenz im staatlichen Leben, erkennbare Muster im Freizeitverhalten sowie eine bestimmte, durch einen nichtkonformen Humor geprägte Lebensweise. Hierbei handelt es sich um Selbstwahrnehmungen und Fremdzuschreibungen zugleich.

Nach 1991 nahmen jüdische und judaistische Einflüsse aus den USA und Israel auf die zentralasiatischen jüdischen Gemeinschaften zu und belebten ihre Identität neu. Dennoch bleibt der Anteil der Juden in Kasachstan und Kirgistan, welche regelmäßig und aktiv den jüdischen Glauben praktizieren, gering. Seit 1991 ist allerdings eine deutliche Zunahme der jüdischen Religiosität beobachtbar, ähnlich wie auch unter den muslimischen und christlichen Bevölkerungsgruppen. In Almaty gibt es zwei Synagogen; in Karaganda, Pawlodar, Bischkek und einigen anderen Städten jeweils eine. Die Synagogen als Teil des öffentlichen Raumes sind Manifestation einer ebenfalls von Glaube und Tradition geprägten jüdischen Präsenz. In diesem Sinne spielen sie eine wichtige Rolle für die Stiftung einer jüdischen Identität.

Die weitverbreitete Annahme, dass die jüdisch-religiöse Infrastruktur und das religiöse Leben in den jeweiligen Ländern vom israelischen Oberrabbinat oder dem israelischen Ministerium für Religionsfragen finanziert wird, ist falsch. Nahezu sämtliche Synagogen in Kasachstan und Kirgistan sind mit Unterstützung von Sponsoren aus der Wirtschaft errichtet worden. Diese können als »Geschäfts-Philanthropen« oder »ethnische Unternehmer« bezeichnet werden. Ein prominentes Beispiel ist der kasachstanische Großunternehmer Alexandr Maschkewitsch, der vor allem in der Metallurgie, dem Bergbau und im Bankenwesen tätig ist. Maschkewitsch stammt aus Frunse (dem heutigen Bischkek) und begann seinen unternehmerischen Aufstieg von Pawlodar aus. Der Wert seines Unternehmensnetzwerkes wird auf 2,3 Mrd. US-Dollar geschätzt. Damit besitzt er das elftgrößte Privatvermögen in Israel, wo er ansässig ist und dessen Staatsangehörigkeit er besitzt.

Maschkewitsch unterstützt jüdische Gemeinschaften und deren Anliegen in Kasachstan und Kirgistan. Neben dem Bau von einem halben Dutzend Synagogen fördert er auch karitative Arbeit und jüdische Schulen.

Maschkewitsch ist der einzige israelische Unternehmer aus Zentralasien, der den dortigen jüdischen Gemeinschaften derart umfangreiche Unterstützungsleistungen zukommen lässt. Gelegentlich kommt es jedoch zu situativ-spontanen Wohltätigkeitsspenden von jüdischen Unternehmern, welche bis heute in der Region leben oder bereits ausgewandert sind. Die Instandhaltung der Hauptsynagoge von Almaty wird beispielsweise zu einem Teil von lokalen, jüdischen Bauunternehmern finanziert.

Nahezu alle Synagogen in Kasachstan und Kirgistan (mit einer Ausnahme) werden von Rabbinern geleitet, die zur Chabad-Ljubawitsch-Bewegung gehören, einer orthodoxen chassidischen Strömung. Ihr Ursprung liegt in Westrussland, ihre heutige Basis befindet sich seit 1940 in den USA. Die Bewegung bemüht sich intensiv, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion das Glaubensbewusstsein und die religiöse Praxis der jüdischen Bevölkerung wiederzubeleben. Hierfür wurden vier Sektionen in Kasachstan und eine in Kirgistan gegründet. In Kasachstan leiten Rabbiner der Chabad nahezu sämtliche Synagogen und stellen auch den Oberrabbiner. Die meisten Chabad-Rabbiner wurden dabei aus dem Ausland entsandt. Insgesamt ist die Präsenz der Bewegung in der Region und ihre Stellung im jüdischen Glaubensleben unter Juden vor Ort nicht unumstritten.

Emigration und Internationalisierung

Die große Mehrheit der Juden in Kasachstan und Kirgistan hat in Israel Verwandte ersten und zweiten Grades. Der Anteil der jüdischen Familien in Kasachstan, die Familienangehörige in Israel haben, liegt bei 65 bis 70 %. In Karaganda bestätigten mir rund 80 % der Teilnehmer einer Gruppendiskussion, dass dies bei ihnen der Fall sei. Es ist die Folge von mehreren Emigrationsbewegungen nach Israel. Zwischen 1970 und 2009 verließen etwa 1,92 Mio. Juden die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten in Richtung Israel, USA, West- und Mitteleuropa (vor allem in die deutschsprachigen Länder). Besonders stark waren diese Bewegungen in den Jahren 1971–1978 und 1989–1999.

Einen Überblick über die Emigration von Juden aus Zentralasien (siehe Tabelle 2, S. 7) zeigt, dass die große Mehrheit der Juden, die in der Zeit von 1990 bis 2006 aus Kasachstan und Kirgistan emigrierten, nach Israel gingen. In der Phase von 1989 bis 1999 waren die Migrationsmotive vor allem sozioökonomisch begründet, da die jüdische Bevölkerung (wie alle anderen ethnischen Minderheiten auch) mit dem Kollaps der Industriewirtschaft und dem Zerfall der sowjetischen Sozial- und Bildungsinstitutionen konfrontiert war. Ihre zukünftige soziale Stellung in den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion erschien angesichts verschie-

der regionaler Dynamiken unsicher. In Tadschikistan brach unmittelbar nach der Unabhängigkeit ein mehrjähriger Bürgerkrieg aus. Außerdem herrschten Ängste über mögliche bevorstehende Unruhen in anderen Teilen der Region. Ähnlich wie es bei der deutschen Minderheit in der Sowjetunion der Fall war, wurde auch durch die israelische »Repatriierungspolitik« ein konkretes Bild einer möglichen neuen Heimat geschaffen. Hierzu trugen auch Familienmitglieder bei, die bereits in den 1970er Jahren nach Israel ausgewandert waren. Die unterschiedlichen Migrationsbewegungen resultierten schließlich in ausgeprägten transnationalen Verbindungen zwischen Israel und Zentralasien, die durch zunehmend preiswerte Kommunikationstechnologien weiter begünstigt werden.

Interaktion mit Israel

Eine Institution, die sich intensiv in der Diasporapolitik und für die Emigration nach Israel engagiert – mehr noch als die israelischen Botschaften – ist die »Jüdische Agentur für Israel« oder JAI. Sie wurde 1929 als ein Zweig der »Zionistischen Weltorganisation« gegründet, um die Einwanderung von Juden nach Palästina zu fördern. Heute ist die Agentur eine eigenständige, halbstaatliche Organisation mit Sitz in Jerusalem. Sie konzentriert sich hauptsächlich auf die Förderung und Stärkung der Verbindungen zwischen der jüdischen Diaspora und Israel, auf Angebote für jüdische Bildung und Hebräischkurse außerhalb Israels, sowie auf praktische Hilfe für in der Diaspora lebende Juden, die nach Israel auswandern wollen. Die von der israelischen Botschaft unabhängig agierende Außenstelle in Almaty ist für Kasachstan und Kirgistan zuständig und als Nichtregierungsorganisation registriert.

Die JAI verfügte vormals über Außenstellen in Karaganda, Öskemen (Ust-Kamenogorsk) und einigen anderen Orten Kasachstans. Mit dem Rückgang der Auswanderungen nach Israel sind diese inzwischen jedoch geschlossen worden. Antragsteller müssen sich nun persönlich an das Büro in Almaty wenden. Die jüdische Emigration aus Kasachstan und Kirgistan hat ihren Zenit in der Tat bereits seit einigen Jahren überschritten, zwischenzeitlich jedoch einige punktuelle Intensivierungen erfahren (insbesondere nach dem Ölpreiseinbruch in Kasachstan 2014 und den zahlreichen Momenten der politischen Unruhe, welche die kirgisische Geschichte der letzten zehn Jahre geprägt haben).

Die Präsenz von Juden aus Zentralasien in Israel macht sich in den ursprünglichen Herkunftsländern auch durch Rücküberweisungen bemerkbar. Laut den Daten offen zugänglicher Quellen sind 2016 Überweisungen aus Israel im Umfang von 1 Mio. US-Dollar in Kasachstan und 8 Mio. US-Dollar in Kirgistan einge-

gangen. Diese Summen sind im Vergleich zu denen aus anderen Ländern recht bescheiden. Dafür stellen die Rücküberweisungen aus Israel für ihre Empfänger in Zentralasien auch keine existenzielle Versorgungssicherung dar. So wurden zum Beispiel die Lebensbedingungen und die soziale Absicherung in ihrem Land von den kasachstanischen Befragten als ausreichend bezeichnet.

Darüber hinaus kann auch eine Rückmigration beobachtet werden. So sollen rund 10 % der Juden und ihrer nichtjüdischen Angehörigen, die nach Israel ausgewandert sind, angeblich wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren, entweder auf bestimmte Zeit, oder endgültig. Die Motive der Rückkehrer sind unterschiedlich: Einige kehren zurück, um sich um pflegebedürftige Eltern zu kümmern, die wegen der in Israel schwierigen Integration in Zentralasien verblieben sind. Andere planen Geschäfte oder Investitionen in Zentralasien. Es bleibt offen, ob und wie kulturelle Anpassungen und gesellschaftliche Erfahrungen, welche die Rückkehrer in Israel vollbracht und erlebt haben, das Zusammenleben von jüdischen Gruppen in Zentralasien zukünftig beeinflussen werden. Die zweite Generation der nach Israel Emigrierten scheint im Vergleich zur ersten deutlich religiöser zu sein. Von den jüdischen Emigranten der ersten Generation behaupten 81 % von sich, säkular (hiloni) zu sein; nur 4 % bezeichnen sich als orthodox (charedim). Demgegenüber definieren sich jüdische Emigranten der zweiten Generation zu 60 % als säkular (hiloni), und zu 14 % als orthodox (charedim). Ob die Rückkehrer dieser zweiten Generation zu einer verstärkten Religiosität und einer stärkeren religiösen

jüdischen Identität in Zentralasien beitragen werden, bleibt abzuwarten.

Aussicht

Der demografische Wandel und Emigration haben die Gegenwärtigkeit jüdischen Lebens in Kirgistan, Kasachstan und anderen Teilen der Region auf ein Minimum reduziert. Gleichwohl sind die zentralasiatischen Regierungen stets bemüht, die fortwährende jüdische Präsenz innerhalb ihrer Narrative über gesellschaftlichen Frieden und interreligiöse Toleranz zu betonen. Die künftige Entwicklung des jüdischen Lebens in der Region lässt sich indes nur schwer prognostizieren. Solange es nicht zu schwerwiegenden politischen Unruhen oder einer Zunahme von (wahrgenommenem oder tatsächlichem) Antisemitismus in den jeweiligen Gesellschaften kommt, ist nicht von neuen Emigrationsbewegungen auszugehen, und Juden werden wahrscheinlich auch weiterhin einen Teil der städtischen, russischsprachigen Bevölkerung Zentralasiens darstellen. Ferner werden ausländische jüdische Religionsverbände, jüdische humanitäre Organisationen sowie die zwischenmenschlichen Kontakte zu Verwandten in Israel das kulturelle Leben und das jüdische Bewusstsein der kasachstanischen und kirgistanischen Juden fortdauernd beeinflussen. Es ist davon auszugehen, dass sich Teile der jüdischen Bevölkerung in Zukunft vermehrt auf der religiösen denn auf der »ethnischen« Ebene mit dem Judentum identifizieren werden.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

Über den Autor:

Bruno De Cordier ist Professor und leitendes Mitglied der Abteilung für Konflikt- und Entwicklungsforschung der Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften der Universität Gent (Flandern, Belgien). Er unterrichtet zentralasiatische Geschichte. Seine Forschungsinteressen zu der Region konzentrieren sich auf Sozialgeschichte sowie auf Religion und Identität.

Lesetipps

- Belkin, Dmitrij: Jüdische Kontingentflüchtlinge und Russlanddeutsche, Bundeszentrale für politische Bildung, 13. Juli 2017; <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/252561/juedische-kontingentfluechtlinge-und-russlanddeutsche?p=all>.
- Dietz, Barbara: German and Jewish migration from the former Soviet Union to Germany: background, trends and implications, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 26.2000, Nr. 4, S. 635–652.

Tabelle 1: Jüdische Bevölkerung in Zentralasien 2016 (bzw. im letzten Jahr, zu dem Daten vorliegen).

	Jüdische Kernbevölkerung (Anzahl der Personen)*	Erweiterte jüdische Bevölkerung **		»Rückkehrgesetz-Bevölkerung«*** insgesamt (Anzahl der Personen)
		Anzahl der Personen	Bevölkerungsanteil (in %)	
Kasachstan	2.900	6.500	0,037	9.600
Kirgistan	400	1.000	0,016	1.500
Usbekistan	3.500	8.000	0,025	10.000
Tadschikistan°	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Turkmenistan	200	400	0,074	600
Region insges.	7.400	15.900	0,023	21.700

* In dem Berman Jewish Databank – Current Jewish Population report Nr. 17, S. 13 wird »jüdische Kernbevölkerung« definiert als: »Alle Personen, die sich auf die [...] Frage hin als Juden bezeichneten, oder die, wenn der Respondent eine andere Person im gleichen Haushalt ist, von ihm oder ihr als Jude definiert werden und keiner anderen Religion angehören«, wie auch alle Personen »mit einem jüdischen Elternteil, die gegenwärtig keine religiöse oder ethnische Identität behaupten«;

** In dem oben genannten Dokument (S. 13) wird »erweiterte jüdische Bevölkerungen definiert als »die Summe von: [...] der jüdischen Kernbevölkerung; Personen, die als zum Teil jüdisch bezeichnet wurden; alle anderen gegenwärtig nichtjüdischen Personen mit einem jüdischen Elternteil; und alle anderen nichtjüdischen Haushaltsmitglieder (Ehegatten, Kinder ...)«.

*** In dem erwähnten Dokument der Datenbank (S. 13–14) wird »Rückkehrgesetz-Bevölkerung« definiert als »die Summe aus jüdischer Kernbevölkerung, Kindern, Enkel und Enkelinnen von Juden und deren jeweiligen Ehepartnern, unabhängig von deren Identifizierung als Jude«, die zu einer »Rückkehr« nach Israel berechtigt sind. Das Rückkehrgesetz ist ein israelisches Gesetz vom 5. Juli 1950, laut dem jede Person jüdischer Abstammung, einschließlich Ehepartner, das Recht besitzt, sich in Israel niederzulassen und die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

° Dem offiziellen Zensus von 2010 in Tadschikistan zufolge betrug die Gesamtzahl der aschkenasischen und orientalischen Juden in jenem Jahr 36; inoffizielle Schätzungen, die dem Autor informell mitgeteilt wurden, gehen bis zum Zehnfachen dieser Zahl.

Quelle: Bruno De Cordier, im März 2018, auf der Grundlage von Zahlenangaben von World Jewish population, 2016 [=Berman Jewish Databank – Current Jewish Population report Nr. 17], 2016: S. 58–59.

Tabelle 2: Jüdische Emigrationsbewegungen aus Zentralasien und deren Zielländer (1959–2006, Anzahl der Personen)

Herkunftsland	1959–78**	Israel		USA		Deutschland
		1979–89	1990–2006	1979–89	1990–2005	1989–2001
Kasachstan*	600	200	19.700	200	2.100	1.500
Usbekistan*	11.300	4.900	82.100	6.300	24.800	2.100
Kirgistan*	100	100	5.300	100	400	800
Tadschikistan*	2.200	900	10.700	600	3.000	100
Turkmenistan*	100	–	2.700	–	300	100

* Bis 1991 die entsprechende Sowjetrepublik.

** Keine Aufgliederung nach Zielland verfügbar, auch wenn auf der Grundlage von: Tabelle 1 in Mark Toltz: Jewrejskaja emigracija is bywschego SSSR s 1970 goda sostawila potschti 2 milliona tscheloweik, in: Demoskop Weekly, 2012, Nr. 479–498, 2012, www.demoscope.ru/weekly/2012/0497/tema01.php, und von Fred A. Lazin: Refugee resettlement and 'freedom of choice: the case of Soviet Jewry', CIS Centre for Immigration Studies – Backgrounder, 2005, angenommen werden kann, dass zumindest bis 1975–76 die Mehrheit nach Israel emigrierte.

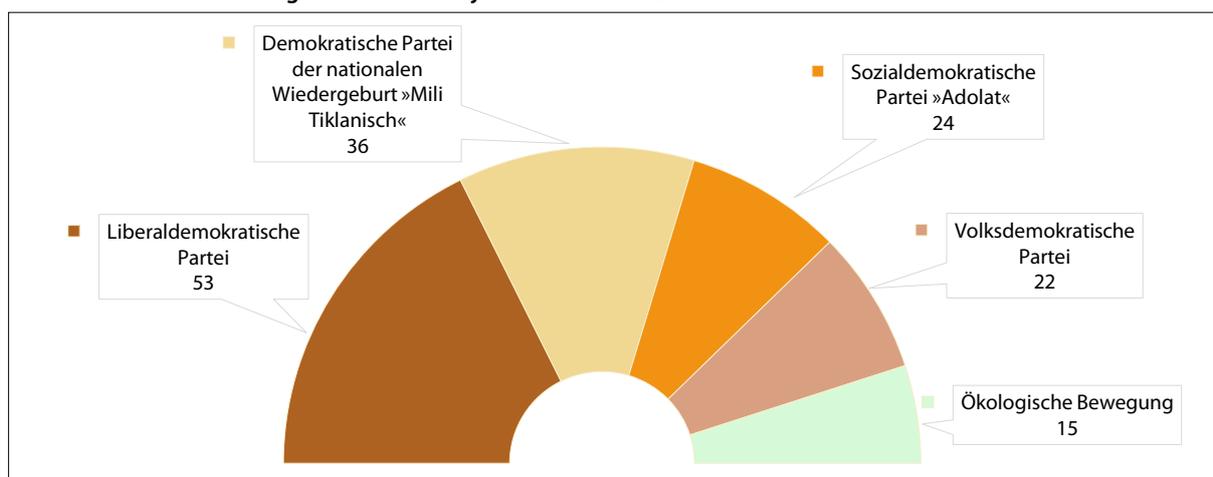
Quelle: Bruno De Cordier, im April 2018, auf der Grundlage von Wjatscheslaw Konstantinow: Jewrejskoje naselenije bywschego SSSR w XX weke – sozialno-demografitscheskij analiz, Jerusalem: Lira 2007, Tabelle 2.7 auf S. 272.

Parlamentswahlen in Usbekistan: Trotz »Neuer Wahlen« alles beim Alten?

Am 22. Dezember 2019 wurde in Usbekistan zum sechsten Mal die Gesetzgebende Versammlung, das Unterhaus des nationalen Zweikammerparlamentes, gewählt. Es handelte sich um die ersten Wahlen seit dem Amtsantritt des um Reformen und eine Öffnung des Landes bemühten Präsidenten Schawkat Mirsijojew, der im Dezember 2016 den damals verstorbenen Langzeitherrscher Islam Karimow beerbt hat. Bei einer Wahlbeteiligung von 71,1 Prozent im ersten und 62,8 Prozent im zweiten Wahlgang am 5. Januar 2020 konnte die Regierungspartei, die Liberaldemokratische Partei, mit 53 Sitzen die Mehrheit der insgesamt 150 Sitze im Unterhaus erlangen. Die Verteilung der Sitze an sich ist dabei fast unverändert geblieben, allerdings hat sich die Anzahl der weiblichen Abgeordneten von zuletzt 24 auf 48 verdoppelt. Das Motto »Neues Usbekistan – Neue Wahlen«, das den Stellenwert der Abstimmung für Mirsijojews Modernisierungsstrategie verdeutlichte, kam zwar in der verbesserten Wahlgesetzgebung zum Ausdruck, spiegelte sich jedoch nicht in der tatsächlichen Auswahlmöglichkeit wieder: auf dem Wahlzettel waren weder neue, noch oppositionelle Parteien zu finden. Ebenfalls zeigte sich, dass verbesserte Abstimmungsformalien noch nichts über deren Einhaltung aussagen. So stellten die Zentrale Wahlkommission und das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE, das zum ersten Mal eine volle Beobachtermission entsendet hat, eine Reihe von Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe fest. Das »Neue Usbekistan«, dessen wichtigstes legislatives Organ weiterhin auf die Funktion einer Legitimationsquelle für exekutive Präsidialmaßnahmen reduziert bleibt, offenbart sich noch immer im alten Gewand.

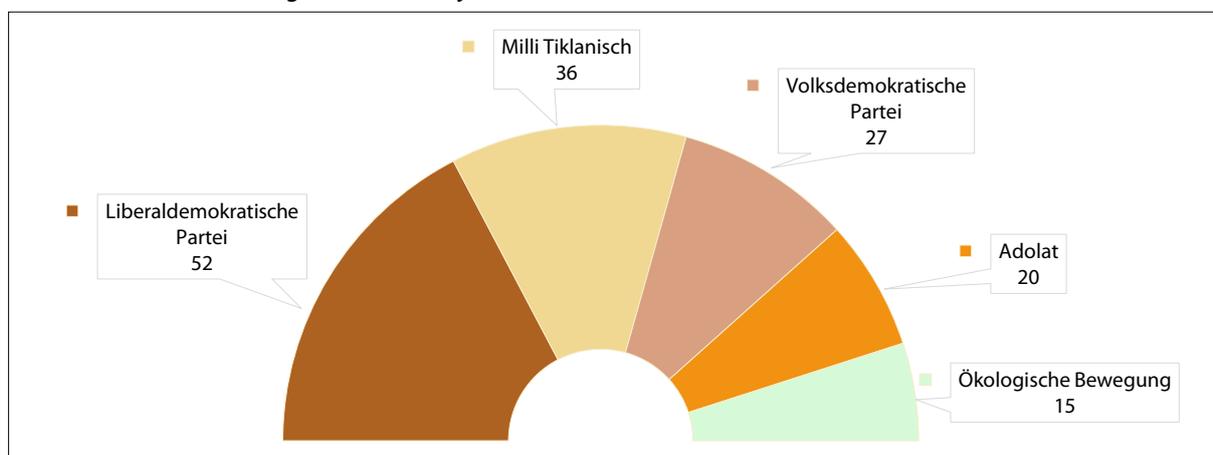
Richard Schmidt

Grafik 1: Sitzverteilung in der neuen Olij Madschlis Usbekistans



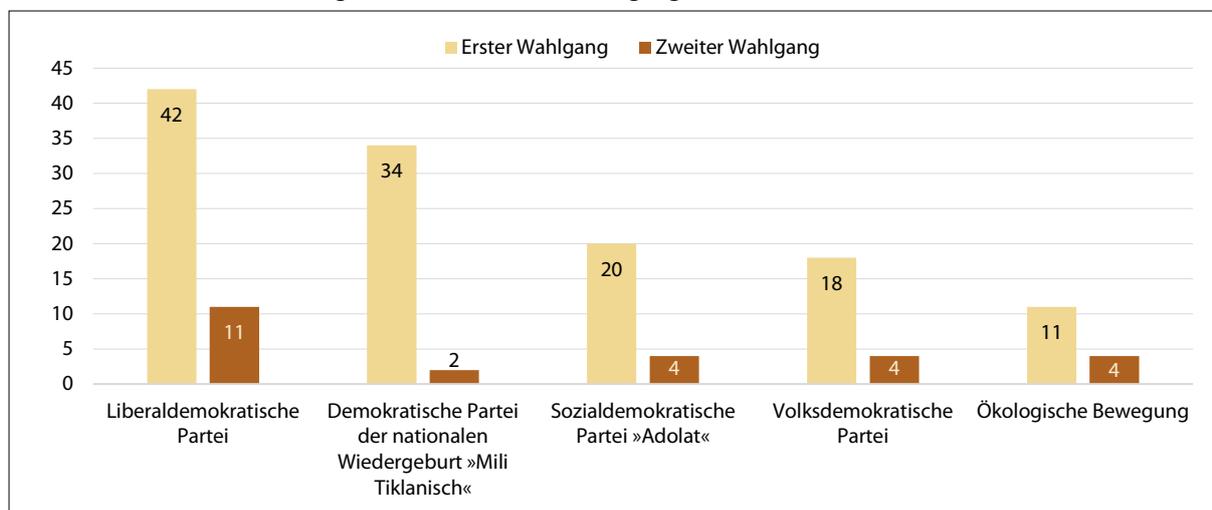
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<http://elections.uz/uz/lists/view/2251>)

Grafik 2: Sitzverteilung in der alten Olij Madschlis Usbekistans (2015–2019)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<http://elections.uz/uz>)

Grafik 3: Von den Parteien gewonnene Sitze nach Wahlgängen



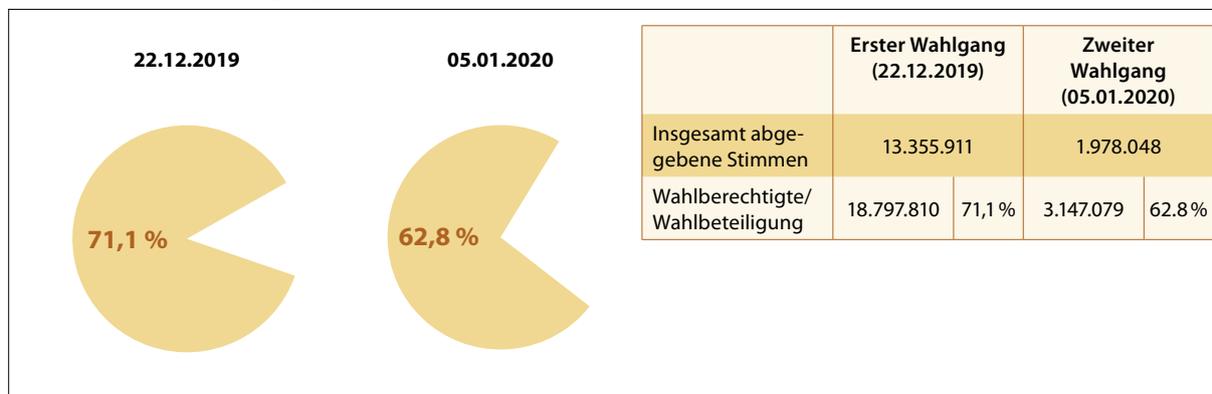
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<http://elections.uz/uz/lists/view/2251>)

Tabelle 1: Zusammenfassung der Wahlergebnisse

Partei	Erster Wahlgang	Zweiter Wahlgang	Sitze Insgesamt (Veränderung)	Anteil Sitze
	Sitze	Sitze		
Liberaldemokratische Partei	42	11	53 (+1)	35%
Demokratische Partei der nationalen Wiedergeburt »Mili Tiklanisch«	34	2	36 (0)	24%
Sozialdemokratische Partei »Adolat«	20	4	24 (+4)	16%
Volksdemokratische Partei	18	4	22 (-5)	15%
Ökologische Bewegung	11	4	15 (0)	10%
	125	25	150	

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<http://elections.uz/uz/lists/view/2251>)

Grafik 4: Wahlbeteiligung



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<http://elections.uz/en/lists/view/2135>; <http://elections.uz/en/lists/view/2243>)

CHRONIK

25. November 2019 – 24. Januar 2020

Kasachstan

25.11.2019	Ein Gericht in Nur-Sultan verurteilt den ehemaligen Leiter des Nationalen Testzentrums für die Qualität der Bildung, Ramasan Alimkulow, wegen der Annahme von Bestechungsgeldern in Gesamthöhe von bis zu 5 Mio. Tenge (ca. 13.000 US-Dollar) zu dreieinhalb Jahren Freiheitsentzug und einer lebenslangen Arbeitssperre für Tätigkeiten im öffentlichen Sektor.
27.11.2019	Das Verteidigungsministerium meldet, dass die dritte Kompanie von kasachstanischen Blauhelmsoldaten mit einer Stärke von 120 Mann für die Teilnahme an der UN-Friedensmission UNIFIL im Libanon eingetroffen ist.
27.11.2019	Tengrinews meldet, dass der Vorstandsvorsitzende der Almatiner Metrogesellschaft, Kairat Reimow, festgenommen wurde, nachdem seit Frühjahr 2019 wegen des Verdachtes auf Veruntreuung bzw. Betrug gegen ihn ermittelt wird.
27.11.2019	Präsident Kasym-Dschomart Tokajew wird in Bischkek von seinem kirgisischen Amtskollegen Sooronbai Dscheenbekow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. im Bereich der strategischen Partnerschaft, empfangen. Beide Seiten einigen sich auf die Wiedereröffnung des seit 2010 geschlossenen Grenzübergangs Kitschi-Kapka (Gebiet Dschambyl).
27.11.2019	In Nur-Sultan rufen mehrere Dutzend Demonstranten vor ihrer kasachstanischen Niederlassung die EU auf, in Fragen der Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten mehr Druck auf die kasachstanischen Behörden auszuüben.
28.11.2019	Präsident Tokajew, Außenminister Muchar Tileuberdi und Verteidigungsminister Nurlan Jermekbajew nehmen in Bischkek am CSTO-Gipfeltreffen teil.
28.11.2019	Tengrinews meldet, dass sechs kasachstanische Staatsbürgerinnen im Irak wegen der Beteiligung an terroristischen Aktivitäten zu jeweils 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurden. Am Tag zuvor wurden 14 Minderjährige, die überwiegend im Irak geboren wurden und deren kasachstanische Eltern dort wegen Terrorverbrechen verurteilt wurden oder durch Kriegshandlungen ums Leben gekommen sind, nach Kasachstan evakuiert. In einem daraufhin an Präsident Tokajew gerichteten Brief begrüßt Peter Maurer, der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, die Rückholaktion als erfolgreiches Beispiel der Lösung einer internationalen humanitären Herausforderung.
28.11.2019	Ein Gericht in Almaty revidiert das Urteil gegen den am 7.10.2019 wegen Hochverrats verurteilten Sinologen Konstantin Syrojeschkin dahingehend, dass ihm nach dem Ende seiner zehnjährigen Freiheitsstrafe nicht mehr die kasachstanische Staatsbürgerschaft entzogen wird.
28.11.2019	Das Komitee für nationale Sicherheit (KNB) meldet, dass bereits am 19.11.2019 zwei chinesische Staatsbürger im Gebiet Atyrau wegen des Versuchs, einen ihrer Mitarbeiter mit 2 Mio. Tenge (ca. 5.200 US-Dollar) zu bestechen, festgenommen wurden.
28.11.2019	Präsident Tokajew unterzeichnet eine Reihe von Änderungen in der Gesetzgebung zum öffentlichen Dienst und der Korruptionsbekämpfung. U. a. können Minister, Gouverneure und Beamte in Leitungspositionen ab sofort für die Bestechlichkeit ihrer Untergebenen zur Verantwortung gezogen werden.
29.11.2019	Der Erste Präsident Nursultan Nasarbajew nimmt in Taschkent am zweiten Konsultationstreffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter teil, zu dessen Ehrenvorsitzenden er ernannt wird.
1.12.2019	Anlässlich des »Nationaltages des Ersten Präsidenten« werden in den Gebieten Westkasachstan und Karaganda neu errichtete staatliche Wohnungen an 74 bedürftige Familien übergeben.
1.12.2019	Laut der Staatsanwaltschaft des Gebietes Aktobe wurden in den letzten zwei Jahren mehr als 830 Mio. Tenge (ca. 2,2 Mio. US-Dollar) aus dem regionalen Staatshaushalt veruntreut.
3.12.2019	Bei einem schweren Busunfall im Gebiet Kysylorda sterben nach Angabe von Fergana Agency acht Personen, 22 weitere werden verletzt.
3.12.2019	Nach Angaben des dem Innenministerium unterstellten Ausschusses für das Strafvollzugssystem wurden in Schimkent und den Gebieten Akmola, Pawlodar und Ostkasachstan erstmals vier verurteilte Pädophile chemisch kastriert.
3.12.2019	Nach Angabe von Premierminister Askar Mamin sind alle kleinen und mittleren Unternehmen ab dem 1.1.2020 von der Einkommenssteuer und den damit zusammenhängenden Steuerprüfungen befreit.
3.12.2019	In Almaty beginnt eine viertägige Sitzung der kasachstanisch-usbekischen Kommission zur Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.

4.12.2019	In einem Interview mit der Deutschen Welle bezweifelt Präsident Tokajew Informationen über die massenhafte Zwangsinternierung von im Ujgurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (VR China) lebenden ethnischen Kasachen in sogenannten Umerziehungslagern. Außerdem bestreitet Tokajew, dass es sich bei der Angliederung der ukrainischen Halbinsel Krim an die RF im März 2014 um eine Annexion gehandelt habe. Das ukrainische Außenministerium kündigt daraufhin diplomatische Maßnahmen gegen Kasachstan an.
5.12.2019	Präsident Tokajew wird in Berlin von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Handel und Investitionen, empfangen.
8.12.2019	In Oral (Gebiet Westkasachstan) demonstrieren über 40 Menschen u. a. gegen zu hohe Nahrungsmittelpreise, Korruption und Polizeiwillkür.
10.12.2019	In Nur-Sultan werden nach Angaben des kasachstanischen Dienstes von RFE/RL drei Aktivisten wegen einer nicht genehmigten Menschenrechtsdemonstration vor der EU-Repräsentanz am 26. und 27.11.2019 zu Haftstrafen von zehn und 15 Tagen verurteilt. Anfang der Woche waren bereits mehrere weitere Demonstranten zu mehrtägigen Freiheitsstrafen verurteilt worden.
11.12.2019	In Nur-Sultan werden 14 Personen wegen Terrorpropaganda und der Beteiligung an IS-Terrorverbrechen in Syrien zu Freiheitsstrafen zwischen acht und 12 Jahren verurteilt.
11.12.2019	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den Erwerb der kasachstanischen Staatsbürgerschaft für kasachische Repatrianten (Oralman) erleichtert.
11.12.2019	Im Rahmen einer Steueramnestie werden die Steuer- und Gebührenschnulden von über 550.000 Personen in Gesamthöhe von fast 13 Mrd. Tenge (ca. 34 Mio. US-Dollar) annulliert.
11.12.2019	Premierminister Mamin wird in San Francisco u. a. vom geschäftsführenden Direktor des Zentrums für die vierte industrielle Revolution des Weltwirtschaftsforums, Richard Samans, zu einem Gespräch über Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der innovativen Technologien empfangen.
11.12.2019	In Nur-Sultan wird das Hauptbüro der Islamischen Organisation für Ernährungssicherheit feierlich eröffnet.
12.12.2019	In Nur-Sultan wird das Antikorruptionszentrum »Antikor Ortalygy« eröffnet, das der breiten Öffentlichkeit u. a. themenbezogene Rechtsberatung anbieten soll.
13.12.2019	Außenminister Tileuberdi wird in Washington von seinem US-amerikanischen Amtskollegen Mike Pompeo zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. im Bereich der strategischen Partnerschaft, empfangen.
16.12.2019	Bilaterale Gespräche des Ministers für Ökologie, Geologie und Naturressourcen, Magsum Mirsagalijew, mit offiziellen Vertretern von Kirgistan in Bischkek enden mit dem Beschluss, eine gemeinsame kirgisisch-kasachstanische Arbeitsgruppe zur Rettung des Aralsees zu gründen.
16.12.2019	Im Kontext des nationalen Unabhängigkeitstages finden in Almaty und Nur-Sultan unangemeldete Versammlungen zum Gedenken an die Opfer der Proteste vom Dezember 1986 in Almaty und der gewaltsamen Beendigung der Streiks in Schanaösen (Gebiet Mangistau) im Dezember 2011 mit jeweils mehreren Dutzend Teilnehmern statt. Insgesamt werden 55 Personen festgenommen.
16.12.2019	Anlässlich des Unabhängigkeitstages Kasachstans wird der Burj Khalifa in Dubai, das mit 830 m höchste Gebäude der Welt, in den Farben der Nationalflagge Kasachstans angestrahlt.
18.12.2019	Der Gouverneur des Gebietes Atyrau, Nurlan Nogajew, wird zum neuen Energieminister ernannt und ersetzt Kanat Bosumbajew, der in die Position des Beraters von Präsident Tokajew wechselt. Der bisherige erste stellvertretende Energieminister Machambet Dosmuchambetow wird zum neuen Gouverneur des Gebietes Atyrau ernannt. Imangali Tasmagambetow, bisher Botschafter in der RF, und Darchan Kalatajew, der bisherige stellvertretende Stabschef von Präsident Tokajew, werden ihres Amtes enthoben.
20.12.2019	Während der Sitzung des nationalen Vertrauensrates in Nur-Sultan fordert Präsident Tokajew administrative Vereinfachungen bei der Registrierung von Parteien und der Anmeldung von öffentlichen Veranstaltungen.
20.12.2019	Der Erste Präsident Nasarbajew nimmt in St. Petersburg an einem informellen Treffen der GUS-Staatschefs teil und an der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates teil.
23.12.2019	Kultur- und Sportministerin Aktoti Raimkulowa wird in Taschkent vom Direktor der staatlichen usbekischen Filmagentur »Uzbekkino«, Firdaws Abduchalikow, zu Gesprächen über eine mögliche Vertiefung der kulturhistorischen Beziehungen empfangen. Die Gespräche enden mit dem Beschluss, einen gemeinsamen Film über den bedeutenden zentralasiatischen Sufi-Vertreter und Poeten Chodscha Ahmad Yasawi (1103–1166) zu produzieren.

25.12.2019	Im Dorf Dschansugurowo (Gebiet Almaty) werden fünf Personen für einen tätlichen Angriff auf chinesische Straßenbauarbeiter nach einem Streit von einem Gericht zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und zweieinhalb Jahren verurteilt. Bereits seit dem Prozessauftakt am Vortag demonstrierten ca. 100 Personen vor dem örtlichen Gerichtsgebäude für die Freilassung der Angeklagten.
26.12.2019	Nachdem seit Dezember 2018 bereits über 118 Tonnen Fisch im Ural-Fluss verendet sind, verurteilt ein Gericht in Atyrau den ehemaligen Direktor eines örtlichen Abwasserunternehmens und zwei weitere ehemalige leitende Angestellte zu jeweils zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug. Laut den Ermittlungsergebnissen hat die Firma illegal Abwasser in den Fluss geleitet.
27.12.2019	Im Gebiet Almaty stürzt ein Passagierflugzeug vom Typ Fokker 100 der Fluggesellschaft Bek Air mit insgesamt 98 Personen an Bord auf dem Weg von Almaty nach Nur-Sultan kurz nach dem Start in der Nähe des Dorfes Kysyltu ab. 12 Menschen werden getötet, über 50 weitere zum Teil schwer verletzt. Während einer außerordentlichen Kabinettsitzung fordert Präsident Tokajew die Bestrafung der Verantwortlichen und ordnet für den 28.12.2019 Staatstrauer an.
27.12.2019	Ein Gericht im chinesischen Guangzhou bestätigt die 2015 gegen die kasachstanische Staatsbürgerin Akdscharkin Turlibaj verhängte lebenslange Freiheitsstrafe wegen Drogenschmuggels. Turlibaj war 2014 am Flughafen Guangzhou mit 4,5 kg Amphetamin im Gepäck festgenommen worden.
30.12.2019	Das Energieministerium gibt bekannt, dass die Saryarka-Pipeline zwischen Kysylorda und Nur-Sultan fertiggestellt ist.
30.12.2019	Der im Oktober 2018 in Almaty wegen Betruges zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilte Geschäftsmann Iskander Jerimbetow wird aufgrund einer Erkrankung frühzeitig aus der Haft entlassen.
6.1.2020	Der US-Botschafter William H. Moser sowie Industrie- und Infrastrukturentwicklungsminister Beibut Atamkulow unterzeichnen in Nur-Sultan ein bilaterales Open-Skies-Abkommen.
6.1.2020	In Saissan (Gebiet Ostkasachstan) beginnt der Gerichtsprozess im Fall von zwei ethnischen Kasachen aus dem Ujgurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (VR China), die im Oktober 2019 auf der Suche nach politischem Asyl illegal nach Kasachstan eingereist sein sollen. HRW ruft die kasachstanischen Behörden auf, die Strafverfolgung der beiden Männer unverzüglich einzustellen und in jedem Fall von ihrer Abschiebung in die VR China abzusehen.
8.1.2020	Nachdem am 10.11.2019 mehrere Regierungsgebäude in Nur-Sultan (u. a. auch der Präsidentenpalast) wegen eines Brandes in einem Umspannwerk von einem mehrstündigen Stromausfall betroffen waren, werden sechs mutmaßlich verantwortliche Ingenieure wegen der Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht angeklagt.
8.1.2020	Aufgrund der politischen Spannungen im Nahen Osten nach der Tötung des iranischen Generals Kasem Soleimani durch einen US-Luftschiess in Bagdad am 3.1.2020 und dem versehentlichen Abschluss einer Passagiermaschine von Ukraine International Airlines durch die iranische Flugabwehr in der Nähe von Teheran empfiehlt der Ausschuss für Zivilluftfahrt unter dem Ministerium für Investitionen und Entwicklung allen kasachstanischen Fluggesellschaften, den iranischen Luftraum zu meiden. Die Fluggesellschaften SCAT und Air Astana haben dabei bereits vor der Empfehlung ihre Flugrouten angepasst.
8.1.2020	Während einer Sonderkabinettsitzung zur aktuellen Lage im Nahen Osten weist Präsident Tokajew die Gewährleistung der Sicherheit von kasachstanischen Auslandsvertretungen in der Region an.
9.1.2020	Tengrinews meldet, dass Kasachstan am 1.1.2020 der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates beigetreten ist.
9.1.2020	Die Beschwerdekammer des Regionalgerichtes des Gebietes Turkestan spricht den am 23.9.2019 wegen Verleumdung eines im regionalen Bildungssektor tätigen Beamten zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Journalisten Amangeldi Batyrbekow frei. Batyrbekow wird daraufhin aus der Haft entlassen.
9.1.2020	Kloop.kg meldet, dass seit Jahresbeginn wegen verschärfter Kontrollen auf kasachstanischer Seite des kasachstanisch-kirgisischen Grenzübergangs Karasu (Gebiet Dschambyl) über 100 Lastwagen auf die Weiterfahrt nach Kirgistan warten.
10.1.2020	Während einer Pressekonferenz in Nur-Sultan gibt Vizepremierminister Roman Skljär die Ergebnisse der Untersuchungen zur Ursache des Absturzes der Passagiermaschine der Fluggesellschaft Bek Air am 27.12.2019 mit 12 Toten und mehr als 50 Verletzten bekannt. Demnach seien die Tragflächen vor dem Start nicht mit Enteisungsflüssigkeit behandelt worden, weshalb diese kurz nach dem Start eingefroren sind. Skljär kündigt außerdem ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes auf Korruption an. Demnach soll die Freigabe zur Bebauung der Fläche der Siedlung, in der die Maschine abgestürzt ist, aufgrund der Nähe zum Flughafen illegal gewesen sein.

10.1.2020	Der Bürgermeister der Stadt Turkestan, Raschid Ajupow, lädt den US-amerikanischen Filmregisseur Michael Bay zu einem Besuch der Stadt und seiner teilweise zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden Stätten ein. In Bays jüngstem Spielfilm »6 Underground«, der am 13.12.2019 international veröffentlicht wurde, steht der fiktive totalitäre Staat Turgistan und dessen diktatorischer Präsident im Zentrum der Handlung. Ajupow will so Verwechslungen seiner Stadt mit dem fiktiven Turgistan vorbeugen.
10.1.2020	Im südkoreanischen Changwon wird ein kasachstanischer Staatsbürger wegen Unfallflucht zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Verurteilte, der zum Zeitpunkt der Tat weder im Besitz eines Führerscheines noch einer gültigen Aufenthaltserlaubnis war, hatte am 16.9.2019 in der Stadt einen siebenjährigen Jungen angefahren und war kurz darauf unerkannt nach Kasachstan ausgereist. Nachdem er von kasachstanischen Behörden in Pawlodar gefunden wurde, entschied er sich im Oktober 2019 freiwillig nach Südkorea zurückzukehren, um sich den dortigen Behörden zu stellen.
13.1.2020	Vor dem Arbeits- und Sozialschutzministerium in Nur-Sultan demonstrieren mehrere Dutzend Mütter für die volle Auszahlung von staatlichen Finanzleistungen in Höhe von 21.000 Tenge (ca. 56 US-Dollar) pro Monat und Kind, unabhängig von der Anzahl der Kinder. Seit dem 1.1.2020 wurde die Auszahlung auf 10.100 Tenge (ca. 24 Euro) reduziert, da das Gesetz angeblich Beschäftigungslosigkeit fördern würde.
13.1.2020	Laut der Vorsitzenden des dem Gesundheitsministerium unterstellten Komitees für Qualitäts- und Sicherheitskontrollen von Waren und Dienstleistungen, Ljudmila Bjurabekowa, wurden die Kontrollen für sämtliche Importe aus der VR China wegen des dortigen Ausbruchs von Coronaviren intensiviert.
14.1.2020	In Almaty werden sechs Personen festgenommen, die verdächtigt werden zwischen August und Dezember 2019 über eine Reihe von Briefkastenfirmen fast 4 Mrd. Tenge (ca. 10,5 Mio. US-Dollar) unter Umgehung des Fiskus aus Kasachstan heraus transferiert zu haben.
14.1.2020	Das Landwirtschaftsministerium dementiert Meldungen über den Ausbruch einer Milzbrandepidemie im Gebiet Akmola.
15.1.2020	Premierminister Askar Mamin gibt den Rücktritt von seiner Position als Vorstandsvorsitzender des Nationalen Wohlfonds »Samruk-Kasyna« bekannt.
15.1.2020	Energieminister Nurlan Nogajew dementiert Meldungen, laut denen mit der VR China ein Vertrag über den Bau einer Gasaufbereitungsanlage im Kaschagan-Ölfeld (Kaspisches Meer) abgeschlossen wurde.
15.1.2020	Vlast.kz meldet, dass der Gouverneur der Region Pawlodar, Bulat Bakauow, wegen des Verdachtes auf Korruption festgenommen wurde.
16.1.2020	Ein Gericht in Scharkent (Gebiet Almaty) verurteilt einen ethnischen Kasachen aus dem Ujgurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (VR China) wegen der illegalen Einreise nach Kasachstan zu sechs Monaten Freiheitsentzug. Der Staatsanwalt hatte auf Abschiebung plädiert.
16.1.2020	Präsident Tokajew ernennt den ehemaligen Innenminister Kalmuchanbet Kasymow zum Vorsitzenden des neu geschaffenen Staatsschutzdienstes.
17.1.2020	Machambet Dosmambetow tritt als Gouverneur des Gebietes Atyrau zurück, und gibt das Amt an den ehemaligen Generaldirektor der Erdölraffinerie Atyraus, Kajrat Urasbajew, weiter.
17.1.2020	Tengrinews meldet, dass bei einer konzertierten Aktion des KNB zeitgleich in Nur-Sultan, Almaty und Karaganda insgesamt 17 Personen festgenommen wurden, die der organisierten Wirtschaftskriminalität verdächtigt werden.
17.1.2020	In Aktobe, Atyrau und Oral (Gebiet Westkasachstan) demonstrieren jeweils über ein Dutzend Personen für die Vereinfachung des Prozederes für die Registrierung von Fahrzeugen. Kurz zuvor hat das Innenministerium angekündigt, alle Fahrzeuge mit ausländischem Kennzeichen, die sich seit mindestens einem Jahr in Kasachstan befinden, verbieten zu wollen.
17.1.2020	Am Zollposten Altynkol-Dschol (Gebiet Almaty) finden Zollbeamte in einem Container Schmuggelware aus der VR China in Form von PC-Equipment für das Mining von Krypto-Währungen in Höhe von 670.000 US-Dollar.
20.1.2020	Aufgrund steigender Fleischpreise verhängt das Landwirtschaftsministerium ein Exportverbot für Rindvieh und Schafe.
20.1.2020	In Schanaösen (Gebiet Mangistau) demonstrieren nach Angabe des kasachstanischen Dienstes von RFE/RL über 200 Personen vor dem Gebäude des Bürgermeisters für eine Anstellung in der örtlichen Ölindustrie.

21.1.2020	Ein Gericht in Saissan verurteilt zwei ethnische Kasachen aus dem Ujgurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (VR China) wegen illegaler Einreise nach Kasachstan im Oktober 2019 zu jeweils einem Jahr Freiheitsentzug. Nach Angabe des sie vertretenden Anwaltes hätten sie nach Ende der Haftstrafe keine Abschiebung in die VR China zu befürchten.
21.1.2020	Außenminister Tileuberdi vertritt in Brüssel während der siebten Sitzung des Kooperationsrates zwischen Kasachstan und der EU die kasachstanische Seite. Die EU wird vom kroatischen Außenminister Gordan Grlić Radman vertreten. Am Rande des Treffens führt Tileuberdi ein Gespräch mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene.
22.1.2020	Das Energieministerium verkündet die zeitweilige Reduzierung des Ölexportes in die VR China. Demnach müssten Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität der Lieferungen getroffen werden, nachdem in einem Teil des Pipelinesystems von KazTransOil eine erhöhte Chlorkohlenwasserstoffkonzentration bemerkt wurde.
22.1.2020	Im aktuellen Demokratieindex der britischen Zeitschrift »The Economist« belegt Kasachstan den 139. von 167 Plätzen, und rangiert damit in der Gruppe der »autoritären Regime«.
23.1.2020	Nach Angabe des Außenministeriums sind 98 kasachstanische Staatsbürger, die im chinesischen Wuhan studieren, von den dortigen Quarantänemaßnahmen betroffen. Die Stadt wurde von den chinesischen Behörden abgeriegelt, seit man dort den Ausbruch einer sich aktuell in der VR China ausbreitenden Coronavirus-epidemie vermutet.
23.1.2020	Im aktuellen von Transparency International veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex nimmt Kasachstan den 113. von 180 Plätzen ein.
24.1.2020	Wegen bereits seit über einer Woche andauernder Schneestürme werden 11 Flüge am Flughafen von Nur-Sultan gestrichen. In Nur-Sultan, Semej (Gebiet Ostkasachstan), Karaganda und Temirtau (Gebiet Karaganda) wird der Unterricht an Schulen und teilweise an Hochschulen ausgesetzt. Im ganzen Land sind insgesamt 44 Straßenabschnitte gesperrt. Seit Beginn der Woche sind bei Verkehrsunfällen in mehreren Gebieten insgesamt 39 Personen gestorben, 159 weitere wurden verletzt.
24.1.2020	Nach einem starken Anstieg von SARS-Infektionen in Altai (Gebiet Ostkasachstan) werden zwei städtische Schulen unter Quarantäne gestellt.
24.1.2020	Nach Angaben des Hauptdirektorates für Migrationsangelegenheiten unter dem russischen Innenministerium haben 2019 mindestens 50.500 kasachstanische Staatsbürger die russische Staatsbürgerschaft angenommen.

Kirgistan

25.11.2019	In Bischkek demonstrieren über 2.000 Personen friedlich vor dem Weißen Haus gegen Korruption und für eine konsequente Reaktion der Behörden auf die vier Tage zuvor gemeinsam von RFE/RL, Kloop.kg und dem Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) veröffentlichten Enthüllungen über kriminelle Netzwerke u. a. in der Zollbehörde. Die nicht angemeldete Demonstration wird von der anwesenden Polizei toleriert.
25.11.2019	Nachdem sich herausgestellt hat, dass der ehemalige kirgisische Konsul in Istanbul, Erkin Sopokow, dem am 10.11.2019 ermordeten Geschäftsmann und mutmaßlichen Kriminellen Aijerken Saimaiti seinen Dienstwagen zur Nutzung überlassen hatte, werden sämtliche Dienstfahrzeuge aller Botschaften und Auslandsvertretungen überprüft.
25.11.2019	Nach einer Massenschlägerei unter mehreren Dutzend kirgisischen und usbekischen Arbeitsmigranten, die in der Straßenreinigung Moskaus tätig sind, nimmt die russische Polizei mehr als zehn Personen fest.
25.11.2019	In Karakol (Gebiet Issyk-Kul) demonstrieren 15 Personen vor dem Gebäude der Gebietsverwaltung gegen Korruption.
25.11.2019	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit (GKNB), das Innenministerium und der Staatliche Dienst für die Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen setzen als Reaktion auf eine Veröffentlichung von RFE/RL, Kloop.kg und OCCRP über ein Schmugglernetzwerk, an dem ein führender ehemaliger Mitarbeiter des Zolldienstes beteiligt gewesen sein soll, ein gemeinsames Ermittlungsteam ein, das mögliche weitere derartige Strukturen innerhalb von staatlichen Institutionen aufdecken soll.
26.11.2019	Laut dem Vorsitzenden des Staatlichen Dienstes für die Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen, Bakir Tairrow, soll der in Istanbul getötete Geschäftsmann Saimaiti u. a. für den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der nationalen Zollbehörde, Rajimbek Matraimow, bis zu 933 Mio. US-Dollar über eine Reihe von Auslandskonten und Unternehmen aus Kirgistan heraus transferiert haben.

26.11.2019	Die Militärstaatsanwaltschaft verbietet dem TV-Sender »April«, entgegen der Entscheidung der Anteilseigner vom 21.11.2019, die Wiederaufnahme seiner Sendetätigkeit und droht gerichtlich gegen den Betrieb von allen 21 Sendern der Holding Digital Technologies LLC vorzugehen, sollte sich der Sender über das Verbot hinwegsetzen.
26.11.2019	In Bischkek wird der Administrator der Facebook-Seite »Bespredelkg« mit mehr als 100.000 Abonnenten, Aftandil Dschorobekow, wegen des Verdachts auf Verstoß gegen Artikel 313 des Strafgesetzbuches (»Anstiftung zu interregionalen Feindseligkeiten«) festgenommen.
26.11.2019	In Osch wird ein mutmaßliches Mitglied der Terrororganisation Jama'at al-Tawhid wal-Jihad (Organisation des Monotheismus und des Dschihad) festgenommen.
27.11.2019	Der ehemalige Angestellte der städtischen Baubehörde von Batken, Melis Kalykow, wird von einem Gericht in Osch wegen der Ermordung von Anarbai Mamadschakypow, einem Staatsanwalt im Gebiet Batken, zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.
27.11.2019	Präsident Sooronbai Dscheenbekow empfängt seinen kasachstanischen Amtskollegen Kasym-Dschomart Tokajew in Bischkek zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. im Bereich der strategischen Partnerschaft. Beide Seiten einigen sich auf die Wiedereröffnung des seit 2010 geschlossenen Grenzübergangs Kitschi-Kapka (Gebiet Talas). Parallel zu dem Treffen tagt der Höchste kirgisisch-kasachstanische Zwischenstaatsrat in Bischkek.
27.11.2019	E1.ru meldet, dass bereits am 24.11.2019 ein aus Dschalalabad stammender Kirgise mit russischer Staatsbürgerschaft bei dem Versuch seiner Festnahme wegen des Verdachtes auf Drogenbesitz im russischen Jekaterinburg von einem Polizisten erschossen wurde.
28.11.2019	Das russische Verteidigungsministerium spendet den kirgisischen Streitkräften zwei Helikopter vom Typ Mi-8MT und zwei P-18-Radarstationen, die im russischen Luftwaffenstützpunkt Kant (Gebiet Tschui) übergeben werden.
28.11.2019	In Bischkek tagt unter Vorsitz von Präsident Dscheenbekow der Rat der CSTO-Staatsoberhäupter. Parallel dazu finden Sitzungen des CSTO-Außen- und Verteidigungsministerrates und des Komitees der Sekretäre der CSTO-Sicherheitsräte statt. Am Rande der Veranstaltung führt Dscheenbekow Gespräche über Stand und Perspektiven der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin und seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon. Außenminister Tschingis Aidarbekow führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow.
28.11.2019	Der ehemalige Konsul in Istanbul, Sopokow, wird im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur Ermordung des Geschäftsmanns Saimaiti in Bischkek festgenommen. Die Generalstaatsanwaltschaft hat darüber hinaus bereits Ermittlungsverfahren u. a. wegen des Verdachtes auf Machtmissbrauch und illegale Bereicherung gegen Sopokow eingeleitet.
29.11.2019	Präsident Dscheenbekow nimmt in Taschkent am zweiten Konsultationstreffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter teil. Im Vorfeld des Treffens wurde Dscheenbekow von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit empfangen.
29.11.2019	Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der nationalen Zollbehörde, Matraimow, wird in Bischkek von Mitarbeitern des GKNB zu dem Fall der journalistischen Enthüllungen über ihn verhört.
29.11.2019	Premierminister Muchamedkaliy Abylgasijew empfängt den Präsidenten der kanadischen Centerra Gold. Inc., Scott Perry, in Bischkek zu einem Gespräch über die weitere Zusammenarbeit und den Stand der Arbeit in der Kumtor-Mine (Gebiet Issyk-Kul).
1.12.2019	Nach einem schwerwiegenden Störfall in der Entsorgungsanlage für taubes Gestein in der Kumtor-Goldmine werden zwei Arbeiter vermisst. Sämtliche Arbeiter werden daraufhin evakuiert.
2.12.2019	Die Direktorin des Nationalmuseums der Schönen Künste in Bischkek, Mira Dschangaratschewa, reicht nach massiver öffentlicher Kritik bis hin zu Morddrohungen seit der Eröffnung der feministischen Ausstellung »Feminale« am 27.11.2019 ihre Kündigung ein. Eine vom Kulturministerium eingesetzte Sonderkommission lässt besonders polarisierende Exponate aus der Ausstellung entfernen. Der ständige Vertreter der UN in Kirgistan, Ozonnia Ojielo, äußert daraufhin seine Besorgnis über die öffentlichen Reaktionen und ruft die Behörden auf, Maßnahmen zur Sicherstellung von gewaltfreien gesellschaftlichen Debatten und dem Schutz der Meinungsfreiheit zu ergreifen.
2.12.2019	Das Oberste Gericht in Bischkek hebt das Urteil gegen den Menschenrechtsaktivisten Asimschan Askarow teilweise auf, die lebenslange Haftstrafe wird jedoch bestätigt. Askarow wurde nach den Ausschreitungen in Südkirgistan 2010 wegen der Anstiftung zu öffentlicher Unruhe, dem Schüren von interethnischem Hass und der Ermordung eines Polizisten in einem umstrittenen Urteil zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

2.12.2019	Die Vorsitzende des Obersten Gerichts, Gulbara Kalijewa, erläutert bei einem Treffen mit der UNICEF-Vertreterin in Kirgistan, Christine Jaulmes, Angelegenheiten im Bereich der Kinderrechte. Außerdem kündigt Kalijewa die Errichtung von Justizhäusern in Bischkek und allen Gebietshauptstädten an, die allgemeine Rechtsberatung anbieten werden.
3.12.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL, Kloop.kg und das OCCRP veröffentlichen gemeinsam eine umfangreiche Enthüllungen über Funktionsweise und Struktur des Geldwäschernetzwerkes des in Istanbul am 10.11.2019 erschossenen Geschäftsmannes Saimaiti, mit dem dieser Erlöse aus Schmuggelgeschäften in Höhe von insgesamt bis zu 933 Mio. US-Dollar aus Kirgistan ins Ausland transferiert haben könnte.
4.12.2019	Nach einem Angriff auf Journalisten des Fernsehsenders NewTV, die die Demontage von illegal errichteten Wohngebäuden in Bischkek filmten, nimmt die Polizei einen Verdächtigen fest.
4.12.2019	Premierminister Abylgasijew empfängt den ständigen Repräsentanten des IWF in Kirgistan, Tigran Poghosyan, in Bischkek zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
5.12.2019	Der Administrator der Facebook-Gruppe »Bespredel.kg«, Aftandil Dschorobekow, wird aus der Haft entlassen, steht jedoch weiterhin unter Hausarrest. HRW fordert die kirgisischen Behörden auf, die Ermittlungen gegen Dschorobekow unverzüglich einzustellen.
5.12.2019	Kulturminister Asamat Dschamankulow ernennt Aigul Mambetkasijewa zur neuen Direktorin des Nationalmuseums der Schönen Künste in Bischkek.
6.12.2019	Die ehemaligen Premierminister Sapar Isakow und Dschantoro Satybaldijew werden von einem Gericht in Bischkek im Korruptionsfall um die Modernisierung des Heizkraftwerkes der Hauptstadt zu 15 bzw. sieben-einhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der ehemalige Leiter der nationalen Energieholding, Aibek Kalijew, wird ebenfalls zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die ehemalige Finanzministerin Olga Lawrowa und der ehemalige Energie- und Industrieminister Osmonbek Artykbajew werden zu Geldstrafen verurteilt.
6.12.2019	Nach Angabe der UNICEF-Vertreterin in Kirgistan, Christine Jaulmes, leben 57,6% der Kinder in Kirgistan in Armut.
6.12.2019	In Moskau tagt zum neunten Mal die interparlamentarische Kommission zur Zusammenarbeit zwischen dem kirgisischen Parlament und dem russischen Föderationsrat.
9.12.2019	Außenminister Aidarbekow nimmt in Brüssel an der siebten Sitzung des Kooperationsrates EU-Kirgistan teil.
9.12.2019	Die zur Untersuchung des Falles eingesetzte Kommission des Parlamentes kommt zu dem Ergebnis, dass Ex-Präsident Almasbek Atambajew für die Ausschreitungen bei seiner Festnahme in Koi-Tasch (Gebiet Tschui) am 7.8. und 8.8.2019 verantwortlich gewesen sei und er einen gewaltsamen politischen Umsturz in Kirgistan vorbereitet habe.
9.12.2019	Das Innenministerium ordnet die psychiatrische Untersuchung von 16 mutmaßlichen Drahtziehern hinter den Ausschreitungen in Koi-Tasch am 7.8. und 8.8.2019 an, darunter Ex-Präsident Atambajew.
10.12.2019	Ein Gericht in St. Petersburg verurteilt den Hauptverdächtigen im Fall des Bombenanschlags auf die Metro im April 2017, den in Kirgistan geborenen russischen Staatsbürger Abror Asimow, zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Asimows mitangeklagter Bruder, Akram, wird zu 28 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
11.12.2019	In Paris wird der französische Menschenrechtspreis von Justizministerin Nicole Belloubet an Alexej Petruschewski übergeben. Petruschewski hat während seiner 16-jährigen Tätigkeit als Direktor des Zentrums zur Rehabilitierung von Straßenkindern in Bischkek mehr als 1.700 Straßenkindern einen Weg aus der Obdachlosigkeit ermöglicht.
11.12.2019	Außenminister Aidarbekow wird in Brüssel vom Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. im Bereich der Umsetzung der im Juni 2019 verabschiedeten Zentralasien-Strategie der EU, empfangen.
12.12.2019	Im Zentrum von Bischkek demonstrieren über 100 Personen für Maßnahmen gegen die sich verschärfende Smog-Situation in der Stadt.
12.12.2019	Als Reaktion auf die Verleumdungsklage des ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der nationalen Zollbehörde, Matraimow, gegen mehrere Medienunternehmen, werden die Bankkonten der betroffenen Firmen vorübergehend eingefroren. U. a. das US-House Committee on Foreign Affairs, das Komitee zum Schutz von Journalisten und der OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Harlem Désir, bringen daraufhin ihre ernsthaften Bedenken zum Ausdruck und sehen in den Vorgängen einen potentiellen Angriff auf die Medien- und Redefreiheit in Kirgistan.

12.12.2019	Präsident Dscheenbekow wird in Abu Dhabi von Kronprinz Mohammed bin Zayed Al Nahyan zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Kirgistan und den VAE empfangen. Die Gespräche enden u. a. mit dem Beschluss zum Bau einer gemeinsam betriebenen islamischen Akademie in Tokmok (Gebiet Tschui).
13.12.2019	Außenminister Aidarbekow wird in Rom vom Präsidenten des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, Gilbert Houngbou, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Projektzusammenarbeit empfangen.
13.12.2019	Der ehemalige Parlamentsabgeordnete Rawschan Dscheenbekow wird nach einem Verhör im Innenministerium im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Ex-Präsident Atambajew festgenommen.
13.12.2019	Das Kulturministerium untersagt sämtlichen Fernsehbetreibern die Ausstrahlung des TV-Senders »April«, der sich in Besitz von Ex-Präsident Atambajew befindet.
16.12.2019	Präsident Dscheenbekow ratifiziert per Unterschrift das am 31.10.2019 vom Parlament verabschiedete Gesetz, das den Abbau von Uran und Thorium verbietet.
16.12.2019	Nachdem im russischen Chabarowsk vier Tage zuvor bei einer Razzia über 80 kirgisische Arbeitsmigranten wegen des Verdachtes illegaler Arbeit festgenommen worden waren, wird der russische Botschafter in Bischkek einbestellt und Protest gegen das nach kirgisischer Lesart nicht rechtmäßige und übergriffige Vorgehen der russischen Polizei zum Ausdruck gebracht.
16.12.2019	Präsident Dscheenbekow wird in Riad vom saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz Al Saud zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit empfangen
16.12.2019	Generalstaatsanwaltschaft Otkurbek Dschamschitow nimmt in Abu Dhabi an der achten Sitzung der Konferenz der Unterzeichnerstaaten der UN-Antikorruptionskonvention teil. Am Rande der Sitzung führt Dschamschitow Gespräche über Stand und Perspektiven der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit mit seinem emiratischen Amtskollegen Al Shamsi und dem Leiter des UN-Büros für Drogen- und Verbrechenbekämpfung, Juri Fedotow.
17.12.2019	Präsident Dscheenbekow wird im saudischen Dschidda vom Präsidenten der Islamischen Entwicklungsbank, Bandar Al Hajjar, zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Investitionen empfangen.
18.12.2019	Nach einer Veröffentlichung von factcheck.kg am Vortag über den Wert der Garderobe der Ehefrau des ehemaligen stellvertretenden Leiters der nationalen Zollbehörde, Matraimow, wird die Seite durch eine DDoS-Attacke für mehrere Stunden lahmgelegt. Mehrere Nachrichtenseiten, die die Veröffentlichungen nachdruckten, werden ebenfalls Opfer der Attacke.
18.12.2019	An der Grenze zu Tadschikistan im Gebiet Batken eskaliert ein Konflikt zwischen den Bewohnern des Dorfes Kok-Tasch und dem tadschikischen Dorf Somonijon so, dass es zu Schusswechseln zwischen den Grenzsoldaten beider Länder kommt. Insgesamt werden 11 Personen verletzt. Weitere Vorfälle, die sich am 11.12.2019 und 16.12.2019 an anderen Stellen der kirgisisch-tadschikischen Grenze im Gebiet Batken ereignet hatten, konnten friedlich beigelegt werden.
18.12.2019	In Bischkek demonstrieren nach der Verklagung mehrerer Nachrichtenunternehmen durch den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der nationalen Zollbehörde, Matraimow, ca. 600 Personen unter dem Motto »#REaction 2.0« gegen Korruption sowie für Rede-, Meinungs- und Medienfreiheit.
18.12.2019	Sergej Slesarew und Samir Dschooschew, die Anwälte von Ex-Präsident Atambajew, werden im Kontext der Ermittlungen gegen ihren Mandanten von Mitarbeitern der Militärstaatsanwaltschaft verhört.
19.12.2019	Am ersten Verhandlungstag im Fall Matraimow gegen den kirgisischen Dienst von RFE/RL, Kloop.kg und 24.kg in Bischkek erklärt seine Anwältin, dass ihr Mandant bereit sei, die Verleumdungsklage gegen die Nachrichtenunternehmen fallen zu lassen, wenn diese die Veröffentlichungen vom 21.11.2019 revidieren würden (wobei 24.kg jedoch nicht an der Veröffentlichung beteiligt war).
19.12.2019	In Bischkek demonstrieren über 500 Menschen für die Freilassung des ehemaligen Parlamentsabgeordneten Sadyr Dschaparow, der im August 2017 wegen der 2013 erfolgten Geiselnahme eines Beamten im Rahmen der Proteste für die Vergesellschaftung der Kumtor-Goldmine (Gebiet Issyk-Kul) zu 11,5 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden war.
20.12.2019	Syrgak Kendschebajew, der Ehemann der Journalistin Schirin Aitmatowa, die u. a. im Fall Matraimow recherchiert hat, wird auf Gesuch des GKNB am Flughafen Almaty festgenommen und nach Bischkek gebracht, nachdem ein chinesischer Geschäftsmann Anklage wegen Betrug gegen ihn erhoben hat.

20.12.2019	Der wegen diverser gegen ihn laufender Verfahren in Russland lebende Geschäftsmann Omurbek Babanow tritt von seinem Posten als Vorsitzender der Partei Respublika zurück und wird von Mirlan Dscheentschorojew ersetzt.
20.12.2019	Präsident Dscheenbekow nimmt in St. Petersburg an einem informellen Treffen der GUS-Staatsoberhäupter und an der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates teil.
23.12.2019	In Bischkek werden die beiden ehemaligen Bürgermeister der Stadt, Albek Ibraimow, und Kubanytschbek Kulmatow, wegen Korruptionsvergehen zu 15 Jahren Freiheitsentzug bzw. einer Geldstrafe in Höhe von 5 Mio. Som (ca. 71.400 US-Dollar) verurteilt.
27.12.2019	Der Vorsitzende der kirgisischen Diaspora in der russischen Teilrepublik Sacha (Jakutien), Schasbek Bekbolijew, wird in Jakutsk wegen des Verdachtes auf Organisation von illegaler Arbeitsmigration aus Zentralasien festgenommen.
28.12.2019	Fergana Agency meldet, dass das SDPK-Mitglied Meerbek Miskenbajew im Kontext der Ermittlungen gegen Ex-Präsident Atambajew festgenommen wurde und drei weitere Mitglieder der Partei, darunter die stellvertretende Vorsitzende Dscholdubajewa, unter Hausarrest gestellt wurden. Gegen alle vier wird wegen des Verdachtes auf Planung eines Staatsstreiches ermittelt.
8.1.2020	Die Pressestelle des GKNB meldet, dass der Direktor der Solton-Sary-Mine (Gebiet Naryn) und zwei weitere leitende Angestellte bereits am 29.12.2019 wegen des Verdachtes auf Veruntreuung von Golderz festgenommen wurden. Das Unternehmen hat in dem Zusammenhang bereits 18 Angestellte entlassen.
8.1.2020	Wegen Korruption bei der Auftragsvergabe zur Herstellung von biometrischen Pässen werden der ehemalige Direktor des staatlichen Unternehmens »Infocom«, Talant Abdulajew, der ehemalige Staatssekretär Danijar Baktschijew und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Staatlichen Registrierungsdienstes Ruslanbek Sarybajew von einem Gericht in Bischkek zu Geldstrafen verurteilt.
9.1.2020	In Bischkek wird der Chefredakteur der Online-Investigativplattform »Factcheck.kg«, Bolot Temirow, von drei unbekanntenen Männern zusammengeschlagen. Innenminister Kaschkar Dschunuschalijew kündigt daraufhin an, persönlich die Kontrolle über die Ermittlungen zu dem Vorfall zu übernehmen. Das Media Policy Institute, die US-Botschaft, das Komitee zum Schutz von Journalisten, die unabhängige Journalistengewerkschaft, der OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Harlem Désir, und Ombudsmann Tokon Mamytow verteilen den Angriff auf das Schärfste und fordern die Behörden nachdrücklich auf, umfassende Maßnahmen zur Identifizierung und Bestrafung der Täter zu ergreifen.
10.1.2020	An der kirgisisch-tadschikischen Grenze bei Kok-Tasch (Gebiet Batken) kommt es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, nachdem Bewohner des tadschikischen Dorfes Somonijon die Grenze überquert hatten. Präsident Dscheenbekow und sein tadschikischer Amtskollege Emomali Rachmon führen ein Telefonat zur Klärung des Sachverhaltes. In Bischkek wird dem tadschikischen Botschafter vom Außenministerium eine Protestnote überreicht. Sämtliche Grenzschutzbeamte im Gebiet Batken werden in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Die 254 Bewohner des Nachbardorfes Dachma werden evakuiert. Vier Personen werden festgenommen.
10.1.2020	In der Kumtor-Goldmine (Gebiet Issyk-Kul) wird die Suche nach zwei Arbeitern, die seit einem durch einen Vorfall in der Entsorgungsanlage für taubes Gestein ausgelösten Erdbeben am 1.12.2019 vermisst werden, eingestellt.
13.1.2020	24.kg meldet, dass alle 254 am 10.1.2020 nach Kok-Tasch evakuierten Bewohner der Dorfes Dachma (Gebiet Batken) in ihre Häuser zurückgekehrt sind.
14.1.2020	In Bischkek werden vier Männer festgenommen, die verdächtigt werden den Chefredakteur der Online-Investigativplattform »Factcheck.kg«, Bolot Temirow, am 9.1.2019 zusammengeschlagen zu haben.
14.1.2020	Tengrinews meldet mit Verweis auf Angaben der Nationalbank, dass seit dem 1.1.2020 der Umtausch von Devisen in Wechselstuben, unabhängig von der Höhe des zu wechselnden Betrages, nur noch nach Vorlage eines Identitätsnachweises möglich ist.
14.1.2020	Bei einem Treffen von Vizepremierminister Dschenisch Rasakow mit seinem tadschikischen Amtskollegen Asim Ibrohim am kirgisisch-tadschikischen Grenzübergang Kysy-Bel (Gebiet Batken) einigen sich beide Seiten auf die Festsetzung von 114 km gemeinsamer Grenze, u. a. durch den Tausch einer Reihe von bisher umstrittenen grenznahen Gebieten. Die Verhandlungen über die zu tauschenden Gebiete, die bis zum 1.3.2020 zu ersten Ergebnissen kommen sollen, sollen dabei unter Ausschluss der medialen Öffentlichkeit stattfinden.
15.1.2020	Ein Gericht in Bischkek lehnt den Antrag des ehemaligen, sich in Untersuchungshaft befindlichen Ex-Präsidenten Atambajew auf frühzeitige Haftentlassung wegen gesundheitlicher Beschwerden ab. Die Dauer der Untersuchungshaft wurde bis zum 15.3.2020 verlängert.

15.1.2020	Ein Gericht in Bischkek erklärt die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft zur Auslieferung von zwei türkischen Staatsbürgern, die in einem städtischen Lyzeum angestellt sind, für rechtswidrig. Demnach verstoße die geplante Auslieferung der beiden Männer, die in der Türkei wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gesucht werden, gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.
15.1.2020	In Batken und Bischkek demonstrieren mehrere Dutzend Personen für die Freilassung von vier Einwohnern des Dorfes Kok-Tasch, die im Kontext der dortigen Vorfälle am 10.1.2020 festgenommen wurden. Darüber hinaus wird der Rücktritt von Vizepremierminister Rasakow gefordert.
15.1.2020	Die am Vortag in dem Zusammenhang festgenommenen vier Männer gestehen den Angriff auf den Redakteur Bolot Temirow am 9.1.2020. Demnach seien sie in räuberischer Absicht vorgegangen.
17.1.2020	Präsident Dscheenbekow entlässt eine Richterin des Stadtgerichtes von Osh, die einen mutmaßlichen Serientäter im Januar 2019 zum wiederholten Mal unter Hausarrestauflagen aus der Untersuchungshaft entlassen hatte, und der danach erneut straffällig geworden sein soll.
20.1.2020	24.kg meldet, dass der Herausgeber der Zeitung »Tschyndyk«, Tursunbek Bejschenbekow, in Bischkek wegen des Verdachtes auf Veröffentlichung von Geheimdokumenten festgenommen wurde. Bejschenbekow soll eine nicht zur Veröffentlichung freigegebene Stellungnahme von Vizepremierminister Rasakow veröffentlicht haben, in der dieser auf angebliche Verbindungen mit dem tadschikischen Nachrichtendienst eingeht. Die Stellungnahme soll Bejschenbekow vom ehemaligen stellvertretenden Innenminister Kursan Asanow zugespielt worden sein, der im August 2019 wegen des Verdachtes auf Verrat festgenommen wurde. Noch am Folgetag wird Bejschenbekow unter Hausarrestauflagen aus der Haft entlassen.
21.1.2020	Nach Angabe von Vizepremierminister Rasakow haben sich Kirgistan und Tadschikistan auf den Tausch von zwei grenznahen Territorien geeinigt. Demnach sollen Abschnitte der Dörfer Ak-Saj und Samarkandek (beide Gebiet Batken) gegen zwei tadschikische Abschnitte getauscht werden.
22.1.2020	Im aktuellen Demokratieindex der britischen Zeitschrift »The Economist« belegt Kirgistan den 101. von 167 Plätzen, und rangiert damit in der Gruppe der »hybriden Regime«.
23.1.2020	24.kg meldet, dass die dem Kulturministerium unterstellte Informations- und Kommunikationsabteilung wegen Verstoßes gegen Artikel 8 des TV- und Radiosendegesetzes, das ein Minimum an in kirgisischer Sprache gesendetem Programm vorschreibt, Geldstrafen in Höhe von jeweils 46.000 Som (ca. 660 US-Dollar) gegen sieben TV-Sender verhängt hat.
23.1.2020	Im Bezirk Tjup (Gebiet Issyk-Kul) findet eine Demonstration mit mehreren Dutzend Teilnehmern für die Freilassung des ehemaligen Parlamentsabgeordneten Sadyr Dschaparow statt. Dschaparow wurde im August 2017 u. a. wegen Hooliganismus und dem tätlichen Angriff auf einen Beamten zu 11,5 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
23.1.2020	Im aktuellen von Transparency International veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex nimmt Kirgistan den 126. von 180 Plätzen ein.
24.1.2020	Ein Gericht in Bischkek verurteilt einen Angeklagten aus dem Gebiet Tschui wegen der Ermordung des nigerianischen Staatsbürgers und Direktors der privaten Cambridge School Bischkek, Aliju Tijani Abubukar, zu sieben und einem halben Jahren Freiheitsentzug. Abubukar wurde am 2.7.2019 in Bischkek auf offener Straße tätlich angegriffen und erlag drei Tage später im Krankenhaus seinen Verletzungen.
24.1.2020	Präsident Dscheenbekow entlässt den Minister für Notfallsituationen Nurbolot Mirsachmedow von seinem Posten und ernennt ihn dafür zum Gouverneur für das Gebiet Dschalalabad.
24.1.2020	Nach dem Ausbruch einer Coronavirusepidemie in der VR China wird der Fleischimport aus der VR China von der staatlichen Aufsichtsbehörde für Veterinär- und Pflanzenschutz vorübergehend eingeschränkt. An allen Flughäfen und Grenzübergängen finden verstärkte Kontrollen von importierten Lebensmitteln statt. 24.kg meldet, dass das Gesundheitsministerium zur Überwachung der Infektionssituation im Nachbarland ein eigenes Notfallreaktionszentrum eingerichtet hat.
24.1.2020	Nach Angaben des Hauptdirektorates für Migrationsangelegenheiten unter dem russischen Innenministerium haben 2019 mindestens 9.300 kirgisische Staatsbürger die russische Staatsbürgerschaft angenommen.

Tadschikistan

26.11.2019	Muhammad Sattorow, ein Mitarbeiter des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit (GKNB), erklärt auf einer Pressekonferenz in Duschanbe im Widerspruch zu offiziellen Stellungnahmen, dass an dem Überfall auf den Grenzposten Ischkobod am 6.11.2019 neun Männer, 11 Frauen und 13 Kinder im Alter von vier bis 15 Jahren beteiligt waren.
------------	---

26.11.2019	Anlässlich des 25. Jahrestages der Annahme der Verfassung wird die Haftstrafe der beiden ehemaligen Rechtsanwälte der Partei der Islamischen Wiedergeburt, Busurgmechr Jorow und Nuriddin Machkamow, um sechs (von 28) bzw. vier (von 21) Jahre verkürzt.
27.11.2019	Die russische Nachrichtenagentur TASS meldet, dass zwei tadschikische Staatsbürger wegen Aufrufs zu terroristischer Tätigkeit via Internet verhaftet wurden.
27.11.2019	Präsident Emomali Rachmon erörtert zum wiederholten Male mit seinem kirgisischen Amtskollegen Sooronbaj Dscheenbekow in Bischkek strittige Fragen bei der Delimitierung der gemeinsamen Staatsgrenze und weitere Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit.
28.11.2019	In seiner Rede auf der Sitzung des Rates für gemeinsame Sicherheit der CSTO in Bischkek warnt Präsident Rachmon vor wachsenden Bedrohungen der staatlichen Stabilität und fordert seine Amtskollegen zu gemeinsamen Gegenmaßnahmen auf.
28.11.2019	Nematullo Chikmatullosoda, Minister für ökonomische Entwicklung und Handel, erörtert in Kairo mit dem ägyptischen Minister für Elektro- und erneuerbare Energien, Muchammad Schakur Al-Markabi, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit beider Länder im Energiebereich.
29.11.2019	Präsident Rachmon wird während des zweiten Treffens der Staatsoberhäupter der zentralasiatischen Staaten in Taschkent zum Präsidenten des Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees (IFAS) bestimmt. Im Vorfeld der Veranstaltung führt Rachmon Gespräche über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit mit seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew.
3.12.2019	Der Bürgermeister von Duschanbe und Sohn Präsident Rachmons, Rustam Emomali, wird in Taschkent vom Präsident Mirsijojew zu Gesprächen über die Zusammenarbeit zwischen den Hauptstädten beider Länder empfangen.
3.12.2019	Mit Beginn der Heizperiode wurde der Export von Elektroenergie nach Usbekistan erst verringert und seit Mitte November wegen des erhöhten Eigenbedarfs eingestellt, meldet Asia-Plus unter Berufung auf wohlinformierte Regierungskreise. Von April bis September hatte Tadschikistan 1,5 Mrd. KWh Strom nach Usbekistan geliefert.
3.12.2019	Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen der Nationalbank und internationalen Geldtransferunternehmen wie MoneyGram, Western Union u.ä. sind seit dem Morgen internationale Überweisungen von und nach Tadschikistan nicht mehr möglich. Die Nationalbank will ein eigenes Überweisungssystem einrichten, um den Geldfluss kontrollieren zu können.
4.12.2019	Präsident Rachmon unterzeichnet den Erlass über die Wahlen zum nationalen Parlament am 1.3.2020.
5.12.2019	Energieminister Usmonali Usmonsoda und sein iranischer Amtskollege Reza Ardakanijan vereinbaren bei der 13. Sitzung der gemeinsamen Kommission über ökonomische Zusammenarbeit den zwischenstaatlichen Handel in Zukunft auf Basis der eigenen Währungen, Somoni und Rial, abzuwickeln.
4.12.2019	Am Nachmittag fällt in ganz Tadschikistan für mehr als 1,5 Stunden das Internet aus und bleibt danach instabil. Auch die Mobilfunkverbindungen sind kurzzeitig betroffen.
6.12.2019	Die ADB stellt Tadschikistan 110 Mio. US-Dollar auf nichtrückzahlbarer Basis für den Bau einer neuen Straße zwischen den Ortschaften Obigarm und Nurobod (Bezirke unter republikanischer Verwaltung) zur Verfügung. Die bisherige Straße, die Bestandteil eines internationalen Transportkorridors ist, wird in naher Zukunft durch den Rogun-Stausee überschwemmt werden.
9.12.2019	Außenminister Sirodschiddin Muchridin nimmt an der 8. Heart of Asia-Istanbul Process Minister Konferenz in Istanbul teil und trifft am Rande der Veranstaltung mit Alice Wells, U.S. Acting Assistant Secretary for South and Central Asia, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Kooperation zusammen.
10.12.2019	Nach Angaben von Asia-Plus stand Tadschikistan im vergangenen Jahr nach Tonga und Kirgistan mit 31 % an dritter Stelle im Ranking der Staaten mit dem weltweit höchsten Anteil von Rücküberweisungen am BIP.
10.12.2019	Der am 5.12.2020 auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo festgenommene Aktivist der in Tadschikistan verbotenen oppositionellen Gruppe 24, Chursand Nadschimiddinow, wird freigelassen. Er hat seit 2016 politisches Asyl in Österreich.
10.12.2019	In Brüssel findet unter Vorsitz von Außenminister Muchridin und seinem kroatischen Amtskollegen Goran Grlić Radman eine Sitzung des EU-Tadschikistan Kooperationsrates statt. Am Rande der Sitzung teilt Außenminister Muchridin mit, dass bei dem Angriff auf den Grenzposten Ischkobod am 6.11.2019 auch Frauen und Kinder zu Tode gekommen sind.
11.12.2019	Die EBRD stellt Tadschikistan 33 Mio. Euro zur Absicherung der radioaktiv belasteten Uranhalden Dechmoi und Taboschar (beide Gebiet Sogd) zur Verfügung.

11.12.2019	Das Parlament billigt ein Gesetz über die Massenlegalisierung von aus anderen GUS-Staaten stammenden staatenlosen Bewohnern des Landes. Es betrifft ca. 20.000 Personen, die kurz vor oder nach dem Zerfall der Sowjetunion nach Tadschikistan gekommen waren.
12.12.2019	Das Oberste Gericht verurteilt 28 der am Aufstand in der Strafkolonie von Wachdat im Mai 2019 beteiligten Gefangenen zur Verlängerung ihrer Haftstrafen um 19 bis 29 Jahre. Bei dem Aufstand waren drei Wärter und 29 Gefangene ums Leben gekommen.
13.12.2019	Auf der Website Change.org taucht ein Appell an die Führung des Landes auf, das bisherige System von Geldüberweisungen aus dem Ausland wieder zuzulassen, da das neue das Leben von Tausenden Arbeitsmigranten und ihren Familien verschlechtere.
13.12.2019	Der Chef des Generalstabs der tadschikischen Streitkräfte und stellvertretende Verteidigungsminister, Emomali Sobirsoda, nimmt im russischen Sankt Petersburg an einer Sitzung der Verteidigungsminister der CSTO-Staaten teil und führt eine Reihe bilateraler Gespräche mit seinen Amtskollegen.
14.12.2019	Außenminister Muchriddin trifft in Rom mit seinem italienischen Amtskollegen Luigi Di Maio zu Gesprächen über Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit sowie Probleme der Sicherheit und des Umweltschutzes zusammen.
14.12.2019	Chosijat Jorowa, die Schwester des 2017 in einem umstrittenen Urteil zu einer 28-jährigen Freiheitsstrafe verurteilten Anwalts, Busurgmechr Jorow, kehrt mit ihrer Familie freiwillig und im Vertrauen auf die Amnestieversprechen der Regierung aus Deutschland nach Tadschikistan zurück.
15.12.2019	Die Partei für ökonomische Reformen wählt Rustam Kudratow zu ihrem neuen Vorsitzenden. Sein Vorgänger, Olimdschon Bobojew, war aus Altersgründen zurückgetreten.
15.12.2019	Zwei internationale Menschenrechtsorganisationen (Norwegisches Helsinki-Komitee und Association for Human Rights in Central Asia) appellieren an die tadschikische Führung, die Verfolgung und Unterdrückung von Angehörigen Oppositioneller zu beenden.
16.12.2019	An der Grenze zu Kirgistan bei Somonijon in der Nähe von Isfara (Gebiet Sogd) bzw. bei Kok-Tasch (Kirgistan, Gebiet Barken) kommt es erneut zu einer Auseinandersetzung, nach tadschikischer Darstellung, weil Kirgisen eine Straße blockiert haben, nach kirgisischer, weil Tadschiken begonnen hatten auf einem nichtdelimitierten Grenzabschnitt einen Zaun zu errichten.
17.12.2019	Im neuesten World Press Freedom Index von Reporters without Borders erreicht Tadschikistan Rang 161 (von 180) und ist damit 12 Ränge schlechter als im Vorjahr platziert.
18.12.2019	Bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung an der Grenze zu Kirgistan bei Somonijon und Kok-Tasch werden nach unterschiedlichen Angaben bis zu sechs Bewohner und ein kirgisischer Soldat so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus eingewiesen werden. Vertreter der örtlichen Behörden vereinbaren einen Baustopp des umstrittenen Zauns.
18.12.2019	Der in Deutschland lebende oppositionelle Journalist Dododschon Atowullojew wurde am 16.12.2020 in Tadschikistan amnestiert und kann unverfolgt in seine Heimat zurückkehren, berichten tadschikische Medien unter Berufung auf die Generalstaatsanwaltschaft. Atowullojew wurde zuvor mit internationalem Haftbefehl gesucht.
18.12.2019	Ein Bezirksgericht in Spitamen (Gebiet Sogd) verurteilt einen Mann wegen Teilnahme an Kriegshandlungen gegen einen fremden Staat zu einer 15-jährigen Freiheitsstrafe. Der Mann war in der Arbeitsmigration für den IS angeworben worden und hatte 2018 in Syrien und dem Irak gekämpft.
18.12.2019	Der Sekretär des Sicherheitsrates der RF, Nikolaj Patruschew, warnt vor einer Konzentration von IS-Kämpfern im Norden Afghanistans, deren Ziel ein Vordringen nach Tadschikistan und Turkmenistan und letztlich Zentralasien und die Schaffung eines einigen Afghanistan und die zentralasiatischen Staaten umfassenden Herrschaftsgebietes sei.
18.12.2019	In der neuen Liste des U.S. State Department über Staaten, deren systematische Verletzung der Religionsfreiheit besondere Besorgnis hervorruft, wird auch 2019 Tadschikistan (neben acht weiteren Staaten) aufgeführt.
19.12.2019	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass in Syrien mit Abu Daud (Parwis Saidrachmonow) und Abu-Usama Noraki (Todschiddin Nasarow) zwei bekannte tadschikische IS-Mitglieder schon vor einigen Monaten verhaftet worden seien.
20.12.2019	Präsident Rachmon nimmt am traditionellen informellen Treffen der Staatshäupter der GUS-Staaten im russischen Sankt Petersburg teil. Am Rande der Veranstaltung trifft er mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über Fragen des bilateralen Verhältnisses zusammen, u. a. die Situation der tadschikischen Arbeitsmigranten und die Ausrüstung der tadschikischen Armee.

21.12.2019	Ein Gericht in Moskau verurteilt den tadschikischen Staatsbürger Emom Burchonow wegen des versuchten Terroranschlags auf einen Schnellzug im Juli 2017 zu 22 Jahren Strafkolonie. Die übrigen sieben in dem Fall Angeklagten waren bereits im Juli 2019 zu Freiheitsstrafen zwischen 15 und 21 Jahren verurteilt worden.
23.12.2019	Western Union nimmt, wie zwei weitere Institute nach Verbindung mit dem neuen staatlichen Überweisungs-zentrum die Tätigkeit in Tadschikistan wieder auf. Damit können nach dreiwöchiger Unterbrechung wieder Rücküberweisungen zwischen Russland und Tadschikistan vorgenommen werden.
26.12.2019	In seiner jährlichen Rede vor dem Parlament kündigt Präsident Rachmon eine Erhöhung von Löhnen, Renten und Stipendien im September 2020 um 10–15 % an.
29.12.2019	Im Dorf Somonijon an der Grenze zu Kirgistan wird eine Bewohnerin durch einen Schuss verletzt.
29.12.2019	Auf dem Flughafen von Duschanbe wird der religiöse Aktivist Chairiddin Abdullo alias Domullo Chairiddin verhaftet. Der russische Staatsbürger engagiert sich in Moskau dafür, Arbeitsmigranten vor dem Beitritt zu extremistischen Gruppierung zu bewahren.
2.01.2020	Eine Quelle im tadschikischen Verteidigungsministerium meldet die vollständige Beseitigung von Landminen an der tadschikisch-usbekischen Grenze. Präsident Mirsijojew und sein tadschikischer Amtskollege Rachmon hatten im März 2018 die Entminung der gemeinsamen Grenze bis Ende 2019 vereinbart. Die Minenräumung kostete 20 Personen das Leben.
2.1.2020	Die OSZE startet ein Grenzsicherungsprojekt an der tadschikisch-afghanischen Grenze. Das Projektbudget beträgt 3,3 Mio. Euro und soll in den kommenden 1,5 Jahren die tadschikische Bevölkerung entlang der ungesicherten Grenze zu Afghanistan besser auf Krisen- und Notfallsituationen vorbereiten.
2.1.2020	Während der Silvesterfeierlichkeiten kommt es in einem Restaurant in Chorog (GBO) zu einer Schießerei, an der sowohl Beamte der Grenztruppen als auch lokale Polizisten beteiligt waren. Bei dem Vorfall wurden zwei Beamte verletzt, einer davon schwer.
6.1.2020	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet die Festnahme von 27 Personen, denen die Mitgliedschaft in der (in Tadschikistan illegalen) Muslimbruderschaft vorgeworfen wird. Die Betroffenen stammen aus den Regionen Sughd, Chatlon und Duschanbe – unter ihnen befindet sich ein Gemeindevorsteher und ein Hochschulprofessor.
10.1.2020	An der kirgisisch-tadschikischen Grenze bei Kok-Tasch (Gebiet Batken) kommt es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, nachdem Bewohner des tadschikischen Dorfes Somonijon die Grenze überquert hatten. Präsident Rachmon und sein kirgisischer Amtskollege Dscheenbekow führen ein Telefonat zur Klärung des Sachverhaltes.
10.1.2020	Interpol hat Scharofiddin Gadojew, den Gründer der in Tadschikistan verbotenen Oppositionsbewegung »Gruppe 24«, von der Fahndungsliste streichen lassen. Die tadschikische Regierung hatte über Interpol nach dem im Exil lebenden Oppositionellen gefahndet.
13.1.2020	Fergana Agency berichtet, dass bereits Anfang Januar ein Gesetz in Kraft getreten ist, welches tadschikische Bürger verpflichtet »bevorstehende extremistische Straftaten« an staatliche Behörden zu melden. Bürger, welche dieser Pflicht nachkommen, wird der persönliche Schutz garantiert. Das Gesetz untersagt zudem die Kreditvergabe an Personen, welche auf der »Schwarzen Liste« der Nationalbank erfasst sind.
14.1.2020	Beschädigte Fernwärmeleitungen führen in weiten Teilen von Duschanbe zu weiträumigen Heizungsausfällen. Schulen und Kindergärten bleiben in den betroffenen Vierteln geschlossen.
14.1.2020	In Isfara (Gebiet Soghd) findet ein Treffen des tadschikischen Premierministers Aziz Ibrahim mit seinem kirgisischen Amtskollegen Dschenisch Rasakow statt, um über die jüngsten Gewaltausbrüche zwischen der tadschikischen Region Soghd und der angrenzenden kirgisischen Region Batken zu sprechen.
14.1.2020	Der aktuelle Jahresbericht von HRW stellt eine Verschlechterung der (laut HRW) »katastrophalen Menschenrechtssituation« in Tadschikistan fest. Der Bericht hebt insbesondere die Verfolgung von Dissidenten im Ausland und die jüngste Reihe tödlicher Zwischenfälle in tadschikischen Gefängnissen negativ hervor. Zudem seien die Haftbedingungen insgesamt katastrophal und weitere Einschränkungen der Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit im Jahresverlauf von 2019 beobachtbar gewesen.
15.1.2020	Der Pressedienst der kirgisischen Regierung meldet, dass sich Kirgistan und Tadschikistan nach dem Treffen vom 14.1.2020 u. a. auf den Austausch von umstrittenen Territorien geeinigt haben. Eine Kommission soll sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit bis zum 1.3.2020 auf einen neuen Grenzverlauf zwischen der tadschikischen Stadt Isfara und dem kirgisischen Gebiet Batken einigen.
16.1.2020	Asia-Plus meldet, dass durch eine Änderung des Parteienfinanzierungsgesetzes die Geldstrafen für ausländische Parteienfinanziers verdoppelt werden.

16.1.2020	Die Zentrale Wahlkommission meldet, das mit Abschluss des Registrierungsprozesses von Kandidaten für die Parlamentswahl am 1.3.2020 insgesamt wurden sieben Parteien mit 70 Kandidaten registriert.
20.1.2020	In St. Petersburg nehmen Polizeibeamte einen tadschikischen Staatsangehörigen fest, der beschuldigt wird, im Jahr 2015 zwei tadschikische Staatsangehörige für den IS rekrutiert zu haben.
20.1.2020	Moldauische Sicherheitsbehörden nehmen gemeinsam mit der Grenzpolizei einen tadschikischen Staatsangehörigen fest, der im Begriff war das Land mit einem gefälschten Pass zu verlassen und in Tadschikistan wegen mutmaßlicher IS-Mitgliedschaft gesucht wurde.
21.1.2020	Nach einer Meldung von Asia-Plus wurden Anfang des Monats 70 Personen wegen angeblicher Mitgliedschaft in der verbotenen Muslimbrüderschaft festgenommen. Zunächst war von 27 Inhaftierten berichtet worden.
22.1.2020	Nach Angaben des russischen Innenministeriums erhielten im Jahr 2019 45.000 tadschikische Staatsbürger die russische Staatsangehörigkeit.
22.1.2020	Am tadschikisch-chinesischen Grenzübergang auf dem Kulma-Pass (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan) und den internationalen Flughäfen des Landes werden für den Fall von Coronavirusinfektionen Quarantänestationen eingerichtet.
23.1.2020	Im aktuellen von Transparency International veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex nimmt Tadschikistan (gleichauf mit Usbekistan) den 153. von 180 Plätzen ein.

Turkmenistan

23.11.2019	Turkmen.news berichtet, dass der Zugang zur Online-Enzyklopädie Wikipedia in Turkmenistan gesperrt wurde, nachdem der russischsprachige Eintrag über Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow um ein kritisches Zitat eines US-Diplomaten ergänzt wurde.
23.11.2019	In Aschgabat tagt die turkmenisch-usbekische Kommission für handelspolitische, wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit.
23.11.2019	Bei einem offiziellen Besuch in den VAE wird Außenminister Raschid Meredow nacheinander in Dubai von der Staatsministerin für Internationale Zusammenarbeit, Reem Al Hashimi, sowie in Abu Dhabi vom stellvertretenden Premierminister und Minister für Präsidenschaftsangelegenheiten, Mansour bin Zayed Al Nahyan, und dem Außenminister Anwar Gargash zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Wirtschaft, Handel und der turkmenischen Teilnahme an der Expo 2020 empfangen.
25.11.2019	Im Rahmen des turkmenischen Vorsitzes des Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees (IFAS) findet in Aschgabat das dritte Treffen der regionalen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des »Aktionsprogrammes zur Unterstützung der Länder des Aralseebeckens« unter der Teilnahme von Vertretern aus Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan statt.
26.11.2019	In Aschgabat findet die 31. Plenarsitzung der Eurasischen Gruppe zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung unter der Teilnahme von Vertretern aus neun Staaten statt.
28.11.2019	Im Rahmen des in Aschgabat stattfindenden internationalen Forums »Türkmentel-2019« wird eine staatliche Website für öffentliche Online-Dienste gestartet, die u. a. für die Begleichung von Rechnungen, den Kauf von Bus- und Bahntickets sowie Anträge für offizielle Dokumente genutzt werden soll. Ebenfalls wird im Rahmen des Forums ein aserbaidisch-turkmenisches Übereinkommen unterzeichnet, das den Bau, den Besitz und die Nutzung der geplanten transkaspischen Glasfaserkommunikationsleitung zwischen dem aserbaidischen Siazan und Turkmenbaschi (Gebiet Balkan) regelt.
29.11.2019	Präsident Berdymuchammedow spricht sich beim zweiten Konsultationstreffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter in Taschkent u. a. für eine stärkere Einbindung Afghanistans in regionale und globale Initiativen zugunsten des afghanischen Friedensprozesses und die Schaffung eines regionalen Wirtschaftsrates aus. Im Vorfeld des Treffens wurde Berdymuchammedow von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit empfangen.
29.11.2019	Laut Erlass des Innenministeriums dürfen Polizisten ab dem 25.12.2019 maximal 100 kg wiegen, andernfalls droht unabhängig von Rang und Dienstjahren die Kündigung.
30.11.2019	Kun.uz berichtet, dass nach einer Einigung der staatlichen Stromkonzerne Turkmenistan ab dem 1.12.2019 Strom nach Usbekistan liefern wird.

5.12.2019	Chronika Turkmenistana berichtet, dass der ehemalige Innenminister Isgender Mulikow und der ehemalige Leiter des Staatlichen Migrationsdienstes Mejlis Nobatow wegen Machtmissbrauch und Korruption in besonders großem Umfang zu jeweils 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurden. Zuvor hat der mit Handschellen gefesselte Mulikow die ihm vorgeworfenen Taten im staatlichen TV-Sender »Altyn Asyr« öffentlich zugegeben und bereut.
5.12.2019	Der staatliche Gaskonzern Turkmengas und die italienische Klassifikationsgesellschaft RINA S.p.A. schließen einen Vertrag in Gesamthöhe von 13 Mio. US-Dollar ab, der u. a. technische Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen für den Bau von 214 km Transportinfrastruktur in Form von Pipelines in Turkmenistan vorsieht.
6.12.2019	Anlässlich des bevorstehenden Tages der Neutralität am 12.12.2019 begnadigt Präsident Berdymuchammedow 528 Strafgefangene.
9.12.2019	Die Süddeutsche Zeitung meldet, dass sich ab heute ein ehemaliger Manager einer im Energiesektor tätigen Tochterfirma des Fahrzeugherstellers MAN in München wegen der Bestechung von Amtsträgern und Beamten während seiner Tätigkeit in Turkmenistan im Rahmen eines Auftrags zur Errichtung einer Ölkompresseurstation vor Gericht verantworten muss.
10.12.2019	Innenminister Mammetchan Dschakijew lässt das Eigentum von sämtlichen Mitarbeitern seines Ministeriums überprüfen.
11.12.2019	In Aschgabat findet ein Treffen zwischen offiziellen Vertretern des Außenministeriums und dem Vorsitzenden des Regionalbüros für Zentralasien vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes, Jean-Jerome Casabianca, über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit für das Jahr 2020 statt.
11.12.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass die Bewohner von Aschgabat im Vorfeld der Feierlichkeiten zum Neutralitätstag am 12.11.2019 wieder einmal verpflichtet wurden, von außen sichtbare Klimaanlageanlagen von ihren Häusern zu demontieren.
13.12.2019	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet ein Gesetz, das Amnestien für wegen Korruptionsvergehen Verurteilte ausschließt.
16.12.2019	Außenminister Meredow und UN Resident Coordinator Elena Panova unterzeichnen in Aschgabat ein Übereinkommen für gemeinsame Projekte zur Verbesserung des Sozialsystems.
17.12.2019	In Aschgabat findet eine Regionalkonferenz über Innovationen zur rationellen Nutzung von Wasser- und Energieressourcen statt, an der neben offiziellen Vertretern der fünf zentralasiatischen Staaten auch Vertreter Afghanistans, Großbritanniens, Russlands, Kanadas, der GIZ und von USAID teilnehmen.
17.12.2019	Turkmenistan spendet der afghanischen Stadt Turghundi nahe der gemeinsamen Grenze einen Transformator mit einer Kapazität von 125 MW.
18.12.2019	Die Eurasian Coalition on Male Health veröffentlicht eine umfangreiche Analyse über die rechtliche und faktische Situation von LGBT sowie Menschen mit HIV in Turkmenistan.
18.12.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass Bauern im Gebiet Achal wegen der angeblichen Nichterfüllung des diesjährigen Baumwollerntepfandes von der regionalen Staatsanwaltschaft zu Kompensationszahlungen aufgefordert werden.
20.12.2019	Chronika Turkmenistana meldet, dass in Aschgabat aufgrund der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung eine steigende Anzahl an Straßenflohmärkten zu beobachten sei und reguläre Einzelhändler sich über Umsatzverluste beschweren würden.
20.12.2019	Präsident Berdymuchammedow nimmt in St. Petersburg an einem informellen Treffen der GUS-Staatschefs teil.
25.12.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass die Polizei von Turkmenabad damit begonnen hätte, statt gegen illegale Geldwechsler gegen ihre Kunden vorzugehen.
27.12.2019	Angesichts des bevorstehenden 25. Jubiläums der Anerkennung und Garantierung der Neutralität Turkmenistans durch die UN-Generalversammlung am 12.12.1995 verabschiedet das Parlament einen Beschluss, der das Jahr 2020 zum »Jahr Turkmenistans als Mutterland der Neutralität« erklärt.
28.12.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass der Spielfilm »6 Underground« des US-amerikanischen Regisseurs Michael Bay kurz nach seiner internationalen Veröffentlichung am 13.12.2019 in Turkmenistan verboten wurde und die Polizei seitdem (informelle) Videotheken in Aschgabat durchsucht, um Kopien des Filmes zu konfiszieren. Im Zentrum der Filmhandlung steht der fiktive totalitäre Staat Turgistan, der eine Reihe offensichtlicher Parallelen zu Turkmenistan aufweist.

1.1.2020	Der Zolldienst implementiert im Rahmen des Automated System for Customs Data (ASYCUDA) der Welt-handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) ein System zur elektronischen Zollanmeldung.
5.1.2020	Per Dekret billigt Berdymuchammedow die Zusammensetzung der turkmenisch-ungarischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit.
4.1.2020	Laut einem Beitrag in dem Blog »Qishloq Ovozi« des internationalen Dienstes von RFE/RL, der sich auf eine interne Quelle im staatlichen Grenzdienst bezieht, unterstützen russische Truppen heimlich bereits seit über einem Jahr die turkmenische Armee bei der Überwachung der turkmenisch-afghanischen Grenze.
6.1.2020	Fergana Agency meldet mit Bezug auf die Zeitung »Neutrales Turkmenistan«, dass im ganzen Land massen-haft Kinder gegen Rotaviren, Pneumokokken und Hepatitis A geimpft werden.
7.1.2020	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass im Dezember 2019 im Gebiet Lebab Renten und andere staatliche Finanzleistungen nur noch nach Vorlage eines Lebensnachweises an die jeweiligen Personen ausge-zahlt wurden.
8.1.2020	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass in Turkmenabad (Gebiet Lebab) als Reaktion auf die im Januar 2019 erfolgte Veröffentlichung des Spielfilmes »6 Underground« sämtliche Videotheken sowie infor-mellen Filmvorführstätten von der Polizei geschlossen wurden und diverse antiamerikanische Propagandaver-anstaltungen durchgeführt wurden, in denen die USA als »Feinde Turkmenistans« bezeichnet wurden, »die das Land zerstören wollen«. Die US-Botschaft in Aschgabat distanziert sich daraufhin von dem Film. Im Zen-trum der Filmhandlung steht der fiktive totalitäre Staat Turgistan, der eine Reihe offensichtlicher Parallelen zu Turkmenistan aufweist.
8.1.2020	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass Eltern im Gebiet Mary Bestechungsgelder in Höhe von bis zu 400 Manat (ca. 114 US-Dollar) für die Aufnahme ihrer Kinder in einen Kindergarten zahlen müssen.
9.1.2020	Per Dekret ermächtigt Präsident Berdymuchammedow die Staatsbank für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen zum Abschluss einer Vereinbarung mit dem saudischen Entwicklungsfonds zur Finanzierung der sich in Bau befindlichen Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Pipeline.
10.1.2020	Per Dekret etabliert Präsident Berdymuchammedow die dem Informations- und Kommunikationsministe-rium unterstellte Agentur »Türkmenaragatnasyk«, die mit der Entwicklung der turkmenischen Digitalwirt-schaft beauftragt ist.
10.1.2020	Chronika Turkmenistana meldet, dass aufgrund der politischen Spannungen zwischen den USA und Iran bereits am 8.1.2020 sämtliche Grenzübergänge zum Iran geschlossen wurden.
13.1.2020	Turkmen.news meldet, dass seit einer Woche bei jedem Flug von Aschgabat in die Türkei mindestens zehn Personen die Ausreise verwehrt wird, wobei auch nicht-turkmenische Staatsbürger betroffen sind und die Aus-wahl keiner erkennbaren Systematik folgt.
14.1.2020	In Aschgabat findet die Konferenz »Turkmenistan und Internationale Organisationen: Zusammenarbeit für Frieden und Stabilität« u. a. unter Teilnahme von Präsident Berdymuchammedow und Special Representative of the UN-Secretary-General for Central Asia Nathalia Gherman statt. In seiner Rede betont Berdymucham-medow die besondere Notwendigkeit zur Fortführung des afghanischen Friedensprozesses für die Region. Bei einem Treffen von Außenminister Raschid Meredow und UN-Regional Coordinator for Central Asia Dmitry Godunow am Rande der Konferenz wurde nach Angaben des Außenministeriums u. a. ein möglicher Beitritt Turkmenistans zur WTO besprochen.
15.1.2020	Turkmen.news meldet, dass der Gebrauch von Mobiltelefonen seit dem 13.1.2020 in allen Sekundarschulen und Universitäten des Landes verboten ist. Das Verbot gilt auch für Lehrer.
15.1.2020	Chronika Turkmenistana meldet, dass sich Diabetiker in Aschgabat über einen zunehmenden Insulinman-gel beklagen.
15.1.2020	In Bern einigen sich offizielle Vertreter der Schweiz, Turkmenistans und des UNDP auf die Rückzahlung von bisher in der Schweiz eingefrorenen Vermögenswerten in Höhe von 1,3 Mio. US-Dollar an Turkmenistan. Das Geld soll dort einem Gesundheitsprojekt des UNDP bereitgestellt werden.
22.1.2020	Im aktuellen Demokratieindex der britischen Zeitschrift »The Economist« belegt Turkmenistan den 162. von 167 Plätzen, und rangiert damit in der Gruppe der »autoritären Regime«.
23.1.2020	Im aktuellen von Transparency International veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex nimmt Turk-menistan den 165. von 180 Plätzen ein.
23.1.2020	Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur TDH haben eine Reihe von Behörden damit begonnen, Maßnahmen zur Prävention des Ausbruchs von Coronaviren umzusetzen.

24.1.2020	Wegen unsachgemäßer Erfüllung der amtlichen Aufgaben werden Verteidigungsminister Begentsch Gundogdyjew und der Minister für Nationale Sicherheit, Jajlym Berdijew, von Präsident Berdymuchammedow scharf gerügt. Berdijew wird außerdem von seinem Amt als Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates entbunden und vom Generaloberst zum Generalmajor degradiert.
24.1.2020	Nach Angaben des Hauptdirektorates für Migrationsangelegenheiten unter dem russischen Innenministerium haben 2019 mindestens 1.400 turkmenische Staatsbürger die russische Staatsbürgerschaft angenommen.
24.1.2020	In Aschgabat treffen das Energieministerium und die türkische Çalık Holding eine Vereinbarung zur gemeinsamen Umsetzung eines Teils des Bauprojektes TAP-500, in dessen Rahmen Stromtrassen zwischen Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan errichtet werden sollen.

Usbekistan

23.11.2019	Einen Tag nach seiner Entlassung wird der bisherige Kommandierende der Truppen des Innenministeriums, Dmitrij Pan, wegen des Verdachts des Machtmissbrauchs festgenommen.
25.11.2019	In Moskau werden nach einer Massenschlägerei von Hausmeistern aus Usbekistan und Kirgistan mehrere Beteiligte festgenommen. Anlass der Auseinandersetzung soll ein Fußballspiel zwischen beiden Seiten gewesen sein.
26.11.2019	Die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) stellt 477 Tsd. Euro für die Entwicklung der Tourismus in der Autonomen Republik Karakalpakstan zur Verfügung.
27.11.2019	In Dschissak stirbt der Menschenrechtler und langjährige Vorsitzende der Gesellschaft für Menschenrechte Usbekistans, Talib Jakubow im Alter von 78 Jahren. Jakubow war erst im September 2018 nach langjährigem Exil nach Usbekistan zurückgekehrt.
27.11.2019	Präsident Schawkat Mirsijojew empfängt den Präsidenten der russischen Teilrepublik Tatarstan, Rustam Minnichanow, zu Gesprächen über Möglichkeiten der Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit.
27.11.2019	Die Generalstaatsanwaltschaft stellt die Ermittlungen gegen den Bürgermeister von Taschkent, Dschachongir Artychodschajew, wegen seiner Journalisten beleidigenden und bedrohenden Äußerungen ein, da sie nicht gegen konkrete Personen gerichtet waren. Er habe nicht Gesetze, sondern ethische Regeln für staatlich Bedienstete verletzt.
27.11.2019	Aus mehreren Gebieten Usbekistans (Syrdarja, Karakalpakstans) werden Straßenblockaden und Proteste wegen Gas- und Strommangels gemeldet.
28.11.2019	Das Energieministerium macht via Telegram messenger Verschwendung und Diebstahl von Strom für die Unterbrechungen der Versorgung verantwortlich.
28.11.2019	Der turkmenische Präsident Gurbanguly Berdymuchamedow wird im Vorfeld des Gipfels der Staatsoberhäupter der zentralasiatischen Staaten von Präsident Mirsijojew zu Gesprächen empfangen und zum Ehrenmitglied der usbekischen Akademie der Wissenschaften ernannt.
29.11.2019	Die Präsidenten der fünf zentralasiatischen Staaten erörtern während ihres Treffens in Taschkent insbesondere Fragen der Wassernutzung, der Transportinfrastruktur und der Grenzregulierung. Am Rande des Gipfels empfängt Präsident Mirsijojew seine Amtskollegen aus Kirgistan und Tadschikistan, Sooronbai Dscheenbekow und Emomali Rachmon, zu getrennten Gesprächen über die bilateralen Beziehungen.
29.11.2019	Die Chefs von Polizei und Strafverfolgungsorganen der Hauptstädte der GUS-Staaten vereinbaren bei ihrem ersten Treffen in Taschkent den Austausch von Informationen über transnationale kriminelle Gruppen, verschwundene Bürger, Menschenhändler und Schmuggler.
29.11.2019	Ein Gebietsgericht in Choresm weist den Antrag des Rechtsanwalts von Nafosat Ollaschukurowa für ihre Freilassung aus der Psychiatrie zurück. Die Bloggerin war im September u. a. wegen Hooliganismus zu einem zehntägigen Arrest verurteilt worden und drei Tage später wegen paranoider Erscheinungen in die Psychiatrie von Urgentsch eingewiesen worden.
30.11.2019	Die Nachrichtenagentur UzA berichtet, dass nach einer vertraglichen Einigung mit Turkmenenergo die staatliche turkmenische Elektrizitätsgesellschaft bereits ab 1.12.2019 Strom nach Usbekistan liefern wird.
1.12.2019	Auf der 37. Sitzung des ständigen Rates von Turksoi wird Chiwa einstimmig zur Kulturhauptstadt 2020 der turksprachigen Welt bestimmt.
3.12.2019	Präsident Mirsijojew empfängt den Bürgermeister von Duschanbe und Sohn seines Amtskollegen Emomali Rachmon, Rustam Emomali, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit zwischen den Städten Taschkent und Duschanbe sowie beiden Ländern.

3.12.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in mehreren Gebieten Usbekistans die nach kritischen Bemerkungen Präsident Mirsijojews Ende 2017 abgeschafften Straßenkontrollposten zwischen den einzelnen Bezirken wiedereingerichtet wurden.
4.12.2019	Auf dem Truppenübungsgelände Gurumsarai (Gebiet Namangan) beginnt das gemeinsame usbekisch-russische Manöver Wostok 2019.
6.12.2019	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurde Gulnara Karimowa, die ältere Tochter des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow, gemeinsam mit Helfershelfern in einem neuen Strafverfahren zu einer Verlängerung ihrer Haftstrafe verurteilt. Am Vortag hatte die in London lebende Tochter Karimowas, Iman Karimowa, über Instagram mitgeteilt, dass die Haftstrafe ihrer Mutter zum fünften Mal verlängert worden sei.
6.12.2019	Nach Angaben des Gesundheitsministeriums hat UN AIDS, das Joint United Nations Program on HIV/AIDS, ein Landesbüro in Usbekistan eröffnet, das sich dem Kampf gegen Neuinfektionen und der Behandlung Infizierter, aber auch dem Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung widmen wird. Aktuell soll es in Usbekistan 42.000 HIV-Positive geben.
7.12.2019	Im kasachstanischen Almaty endet eine Sitzung der kasachstanisch-usbekischen Kommission zur Demarkation der gemeinsamen Grenze.
7.12.2019	Anlässlich des 27. Jahrestages der Annahme der Verfassung begnadigt Präsident Mirsijojew 92 Gefangene, 79 von ihnen sollen wegen Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen verurteilt worden sein.
8.12.2019	Bei einem Brand auf dem Pjakjacha-Gasfeld im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen (RF) kommen drei usbekische Staatsbürger ums Leben, ein weiterer erleidet schwere Brandverletzungen.
9.12.2019	In Taschkent wird feierlich die erste Auslandsniederlassung des Moskauer Staatlichen Instituts für internationale Beziehungen (MGIMO) eröffnet.
9.12.2019	Im Gebiet Choresm blockiert eine Gruppe von Frauen aus Protest gegen die ausgefallene Gasversorgung ihres Dorfes für mehrere Stunden die Straße neben der Bezirksverwaltung der Ortschaft Schawat, bis sie von der Polizei vertrieben werden. Die Bezirksverwaltung bestreitet die Aktion.
10.12.2019	Präsident Mirsijojew unterzeichnet das Gesetz über das Staatsbudget für 2020. Damit hat Usbekistan erstmals überhaupt einen Etat auf gesetzlicher Basis.
10.12.2019	Das Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass dem Schweizer Anwalt von Gulnara Karimowa, Grégoire Mangeat, die Einreise nach Usbekistan bis auf weiteres verweigert wird. Obwohl ausländischen Anwälten die Vertretung von Usbeken in Usbekistan nicht gestattet sei, habe man ihm in Reaktion auf Schweizer Rechtshilfeersuchen den Zugang gestattet, er habe daraufhin aber die anwaltliche Berufsethik verletzt und Falschinformationen verbreitet. Mangeat bestreitet die Vorwürfe.
11.12.2019	Bei einer Sitzung des Internationalen Presseclubs in Taschkent teilt ein Vertreter des Büros des Ombudsmannes mit, dass die »schwarze Liste« politisch Andersdenkender abgeschafft sei und man die Gewissensfreiheit achte.
12.12.2019	Am Rande des 8. Ministertreffens des »Heart of Asia-Istanbul Process« findet ein Treffen des usbekischen Sonderbeauftragten für Afghanistan, Ismatulla Irgaschew, U.S. Principal Deputy Assistant Secretary for the Bureau of South and Central Alice Wells und des afghanischen Außenministers Idris Zaman statt, bei dem Möglichkeiten einer Ausweitung des Handels zwischen den zentralasiatischen Staaten und Afghanistan sowie Fragen des sozioökonomischen Entwicklung erörtert werden.
12.12.2019	Der Choresmer Tanz Lasgi wird auf Beschluss des zuständigen UNESCO-Komitees in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes aufgenommen.
12.12.2019	Der iranische Minister für Industrie, Bergbau und Handel, Reza Rahmani, erklärt bei einem Treffen mit Sador Umursakow, Minister für Investitionen und Außenhandel, in Taschkent, die Bereitschaft seines Landes als Transportkorridor zu fungieren, der Usbekistan mit Nordafrika verbindet.
14.12.2019	Der Senat billigt eine Gesetzesänderung, mit der die Immunität von Staatsanwälten und Mitarbeiter des Dienstes für staatliche Sicherheit (SGB) aufgehoben wird. Bislang konnten sie nur mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten zur Verantwortung gezogen werden.
16.12.2019	HRW kritisiert, dass das aktuelle Wahlgesetz eine echte Auswahl unter den Kandidaten bei der Parlamentswahl nicht zulässt. Am 13.12.2019 hatte bereits die ODIHR Mission kritisiert, dass nur die fünf registrierten, nichtoppositionellen Parteien, an der Wahl teilnehmen können.
17.12.2019	Im neuesten World Press Freedom Index von Reporters without Borders verbessert sich Usbekistan gegenüber dem Vorjahr um fünf Plätze und liegt damit auf Rang 160 (von 180).

17.12.2019	In der Ortschaft Fedorowsk (Gebiet Leningrad) werden 118 usbekische Arbeitsmigranten vorübergehend festgenommen, die aus Protest gegen nicht bezahlte Löhne die Baustelle ihres Arbeitgebers, eines italienisch-türkischen Joint Ventures, blockiert hatten.
18.12.2019	Bei Bauarbeiten an der Metro in Taschkent kommt es zu einem Erdbeben, bei dem sechs Arbeiter zu Tode kommen.
18.12.2019	Usbekistan wird vom U.S. State Department erneut als Staat geführt, dessen schwere Verletzungen der Religionsfreiheit besondere Beobachtung erfordern.
19.12.2019	Die britische Zeitschrift Economist ernennt Usbekistan wegen seiner raschen Demokratisierungsfortschritte zu ihrem »Country of the Year 2019«.
20.12.2019	Präsident Mirsijojew wird in Tokio vom japanischen Kaiser Naruhito empfangen. Während seines mehrtägigen Japanbesuches war Mirsijojew bereits mit Premierminister Shinzō Abe und Finanzminister Taro Aso zu Gesprächen insbesondere über wirtschaftliche Fragen zusammengetroffen und hatte vom Präsidenten der japanischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (JICA), Shin'ichi Kitaoka, die Zusage über zusätzliche 3,5 Mrd. US-Dollar für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft in Usbekistan erhalten.
20.12.2019	Präsident Mirsijojew nimmt gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Moldowa, Russland, Tadschikistan und Turkmenistan am informellen Gipfel der GUS-Staatschefs im russischen Sankt Petersburg teil. Am Rande des Treffens erörtert Mirsijojew mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Fragen der bilateralen Beziehungen.
20.12.2019	Die Generalstaatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen im Falle des am 16.12.2019 vom usbekischen Dienst von RFE/RL bekanntgemachten Audiomitschnittes eines Gespräches des Gouverneurs von Fergana, Schuchrat Ganijew, auf. Der schon mehrfach wegen problematischer Äußerungen aufgefallene Ganijew fordert darin einen Vertreter der Lokalverwaltung dazu auf, gegebenenfalls bis hin zur Notwendigkeit eines »Gedenkgebets« gegen einen örtlichen kritischen Blogger vorzugehen. Der Pressedienst des Gouverneurs bestreitet, dass die Äußerungen von ihm stammen.
20.12.2019	Rustam Kosimow, Berater des Präsidenten, und der stellvertretende Premier Elyor Ganijew werden in Kuala Lumpur vom malaysischen Premierminister Mahathir Mohamad zu Gesprächen über Perspektiven der Zusammenarbeit empfangen.
22.12.2019	Im ganzen Land finden Wahlen zum Unterhaus des Parlaments statt. Die meisten Stimmen kann die regierende Liberaldemokratische Partei auf sich vereinen. In 25 Wahlkreisen ist eine Stichwahl am 5.1.2020 nötig. Die Wahlbeteiligung lag bei 71,1 %.
23.12.2019	Die OSZE/ODIHR Wahlbeobachtungsmission erklärt, dass die Parlamentswahlen am Vortag unter deutlich verbesserten Bedingungen gegenüber vorangegangenen stattgefunden hätten, kritisiert aber auch viele Mängel bei der Stimmabgabe und der Auszählung. Die GUS-Wahlbeobachtermission erklärt die Parlamentswahlen vom Vortag dagegen als frei, transparent und alternativ.
23.12.2019	Nachdem bereits im September 2019 zehn Mitglieder des Expertenrates Bujuk Keladschak (Große Zukunft) ihren Austritt aus der 2018 gegründeten Organisation von im Ausland tätigen usbekischen Unternehmern erklärt hatten, verlassen nun vier weitere Mitglieder den Rat. Gründe werden nicht genannt.
23.12.2019	Nach Angaben der Agentur für Informationen und Massenmedien wurden mit einer Regierungsverordnung die Regeln für die Registrierung von Massenmedien dahingehend vereinfacht, dass ein Antrag auf dem Internetportal my.gov.uz ausgefüllt werden muss und innerhalb von 15 Tagen eine Entscheidung über die Registrierung fällt.
25.12.2019	In Moskau finden reguläre Konsultationen des russischen und usbekischen Außenministeriums statt, bei denen vor allem Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft erörtert werden. Das Außenministerium teilt bei dieser Gelegenheit mit, dass beide Länder 2019–2024 gemeinsame Projekt im Wert von 25 Mrd. US-Dollar zu realisieren beabsichtigen.
25.12.2019	In der Ortschaft Salari (RF, Gebiet Irkutsk) kommen zwei usbekische Staatsbürger beim Brand eines Wohnhauses eines Holzverarbeitenden Betriebes ums Leben.
28.12.2019	Die Bloggerin Nafosat Ollasachukurova wird nach dreimonatigem Zwangsaufenthalt aus der Psychiatrie in Urgentsch entlassen und kehrt nach Taschkent zurück.
30.12.2019	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über die Erhöhung von Löhnen und Gehältern, Renten und Stipendien um das 1,07-fache ab 1.2.2020.

1.1.2020	Ein neues Gesetz zur Regulierung von privaten Festlichkeiten, insbesondere Hochzeitsfeiern und Beerdigungen, tritt heute in Kraft. Das Gesetz regelt unter anderem die Anzahl von Gästen, bestimmte Riten, sowie genaue Uhrzeiten, an denen die Festlichkeiten stattfinden dürfen.
2.1.2020	Eine Quelle im tadschikischen Verteidigungsministerium meldet die vollständige Beseitigung von Landminen an der usbekisch-tadschikischen Grenze. Präsident Mirsijojew und sein tadschikischer Amtskollege Rachmon hatten im März 2018 die Entminung der gemeinsamen Grenze bis Ende 2019 vereinbart. Die Minenräumung kostete 20 Personen das Leben.
2.1.2020	Aufgrund der angespannten Situation im Nahen Osten sagt US-Außenminister Mike Pompeo seinen geplanten Usbekistanbesuch am 06.01.20 kurzfristig ab.
4.1.2020	Präsident Mirsijojew wird mit dem TÜRKSAV-Preis für »seine historischen Verdienste für Usbekistan, Zentralasien, die Türkei und der gesamten türkischen Welt« ausgezeichnet. Laut Eigenangaben handelt es sich bei TÜRKSAV um eine Vereinigung von Schriftstellern, Intellektuellen und Künstlern der turksprachigen Welt.
5.1.2020	In 25 von 125 Wahlkreisen findet ein zweiter Wahlgang der Parlamentswahl statt, da bei der ersten Wahlrunde (22.12.2019) kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erreicht hatte.
6.1.2020	Die zentrale Wahlkommission verkündet das endgültige Wahlergebnis der Parlamentswahl vom 22.12.2019. Laut dem amtlichen Endergebnis entfallen 53 Sitze auf Liberaldemokratische Partei, 36 Sitze auf die Demokratische Partei der Nationalen Wiedergeburt »Mili Tiklanisch«, 24 Sitze auf die Sozialdemokratische Partei »Adolat«, 22 Sitze auf die Volksdemokratische Partei Usbekistans und 15 Sitze auf die Ökologische Partei Usbekistans. 48 der 150 Parlamentssitze werden nun von Frauen belegt. 2014 waren 24 Frauen im Parlament vertreten.
8.01.2020	Fergana Agency meldet, dass im laufenden Jahr 10.000 Personen im Gebiet Nawoi umgesiedelt werden sollen. Die geplanten Umsiedlungen betreffen Anwohner verschiedener Standorte des regionalen Berg- und Hüttenwerkes, die in den vergangenen Jahren über Lärm- und Umweltbeeinträchtigungen geklagt hatten.
9.1.2020	Ein Militärgericht in Taschkent verurteilt den ehemaligen usbekischen Diplomaten Kadyr Jusupow wegen Landesverrats zu einer Freiheitsstrafe von fünfeneinhalb Jahren. Jusupow hatte nach einem Suizidversuch im Dezember gestanden, seit 2015 für einen westlichen Nachrichtendienst zu arbeiten. Der psychisch schwer erkrankte ehemalige Diplomat wurde laut Angaben seiner Familie durch Folter zu einem falschen Geständnis gezwungen.
9.1.2020	Wegen einer Reihe von Verstößen sind in Taschkent 15 Polizisten vom Dienst suspendiert worden, meldet Gazeta.uz.
9.1.2020	Usbekistan übernimmt den Vorsitz des Wirtschafts- und Umweltausschusses der OSZE.
9.1.2020	Gazeta.uz meldet den Tod eines usbekischen Arbeitsmigranten, welcher aus dem 16. Stock eines sich im Bau befindlichen Gebäudes in St. Petersburg stürzte.
10.1.2020	Ein Moskauer Militärgericht verurteilt einen usbekischen Staatsangehörigen zu fünfeneinhalb Jahren Haft. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Mann »Materialien zur Förderung von Terrorismus« in sozialen Medien veröffentlicht habe.
13.1.2020	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass sich am Vortag über 100 Personen am Verwaltungszentrum der Region Nawoi versammelten. Sie protestierten gegen die geplanten Umsiedlungen von 10.000 Personen, welche 2020 stattfinden sollen.
15.1.2020	Der usbekische Exil-Journalist Chamid Ismoilow wird zum neuen Redaktionsleiter des Zentralasienressorts des internationalen Dienstes von RFE/RL. Zuletzt war ihm im Jahr 2017 die Einreise nach Usbekistan verweigert worden.
16.1.2020	Der russische Außenminister Sergej Lawrow wird von Präsident Mirsijojew zu Gesprächen, u. a. über eine potenzielle usbekische Mitgliedschaft in der EEU, empfangen.
17.1.2020	Usbekische Behörden setzten sich bei Gesprächen mit dem russischen Außenminister Lawrow für eine Amnestie von usbekischen Gastarbeitern ein. Hiervon sollen usbekische Gastarbeiter mit Einreiseverbot nach Russland profitieren, als auch usbekische Arbeitsmigranten, welche sich mit einem unklaren Aufenthaltsstatus in Russland aufhalten.
17.1.2020	Die staatliche Eisenbahngesellschaft Ozbekiston Temir Yollari bestätigt vorangegangene Meldungen über regelmäßige Nötigungen zu Korruptionszahlungen durch kasachstanische Zollbeamte an der usbekisch-kasachstanische Grenze. Das Unternehmen fordert betroffene Passagiere auf, etwaige Verstöße zu melden und kündigt die Bildung einer Kommission zur Prävention derartiger Vorfälle an.
20.1.2020	Die Hauptabteilung für innere Angelegenheiten der Stadt Taschkent gibt die Installierung von drei Kameras mit Gesichtserkennungssoftware bekannt. Diese wurden an den Zugängen des Taschkenter Kuyluk Bazar angebracht.

20.1.2020	In einer Rede vor dem Parlament bezeichnet Präsident Mirsijojew die Karimow-Ära als »eine Zeit der Angst«, ohne jedoch explizit den Namen Karimow zu erwähnen. Er forderte die Parlamentsabgeordneten auf, sich aktiv an Reformen zu beteiligen.
21.1.2020	Bei einem Feuer auf dem Gelände eines Sägewerkes im russischen Gebiet Tomsk kommen zwölf Personen ums Leben, davon zehn usbekische Arbeitsmigranten. Ermittlern zufolge stellte deren Einquartierung auf dem Werksgelände ein Verstoß gegen Brandschutzbestimmungen, da u. a. die Fenster des abgebrannten Gebäudes vergittert waren.
21.01.2020	Im aktuellen Demokratieindex der britischen Zeitschrift Economist belegt Usbekistan Platz 157 von 167 und schneidet um einen Platz schlechter ab als im Vorjahr. Damit gehört Usbekistan weiterhin zu der Gruppe der autoritärsten Staaten in der Welt.
21.01.2020	Usbekistan verschärft die Kontrollen von Reisenden an Flughäfen und Grenzübergängen, um die Einschleppung des Coronavirus zu vermeiden.
23.01.2020	Im aktuellen von Transparency International veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex nimmt Usbekistan (gleichauf mit Tadschikistan) den 153. von 180 Plätzen ein.
24.01.2020	Präsident Mirsijojew kündigt die rückwirkende Einbürgerung von Ausländern und Staatenlosen an, welche seit dem Ende der Sowjetunion (jedoch mindestens seit 1995) in Usbekistan leben. Nach seinen Worten handelt es sich um 50.000 Personen, die von der Maßnahme profitieren sollen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

